Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, März/April 2023 *73. Jahrgang, Nr. 845/846*

Appell zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953

Bundesvorstand der VOS wendet sich an die führenden Vertreter unseres Landes

Anlässlich des bevorstehenden 70. Jahrestages des Volksaufstandes vom Juni 1953 und der vielen Gedenkveranstaltungen wandte sich der Bundesvorstand der VOS mit einem mahnenden Erinnerungsschreiben an folgende Politiker der Bundesrepublik Deutschlands: Der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer.

Vor 70 Jahren wurde deutsche Geschichte geschrieben. Die vom kommunistischen SED-Regime und der sowjetischen Besatzungsmacht unterdrückte Bevölkerung in Mitteldeutschland erhob sich damals mit bloßen Händen nicht nur gegen unmenschliche Arbeitsnormen, sondern auch gegen das damalige stalinistische Unterdrückungssystem und forderte letztendlich unmissverständlich die Einheit Deutschlands. Der Aufstand wurde von der Roten Armee und den Schergen der DDR-Staatssicherheit blutig niedergeschlagen.

Danach wütete die sozialistische Strafjustiz unter Justizministerin Hilde Benjamin. Sieben Todesurteile wurden ausgesprochen und vollstreckt, weit über 50 Menschenleben waren unter den Aufständischen selbst zu beklagen.

Die vor 70 Jahren von mutigen Patrioten entzündete Flamme der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Einheit Deutschlands ist danach nie ganz erloschen und entfaltete 36 Jahre später, nämlich am 9. November 1989 mit dem Zusammenbruch der Berliner Mauer endlich ihre volle Strahlkraft. Hunderttausende politische Häftlinge in den DDR-Haftanstalten, die Republikflüchtlinge und Ausreiseantragsteller sowie letztendlich die Demonstranten der Friedlichen Revolution von 1989 auf den Straßen von Leipzig, Dresden, Berlin, Plauen und anderswo haben durch ihren mutigen Kampf gegen die Unfreiheit den Weg zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes geebnet. Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. als älteste SED-Opfer- und Widerstandsorganisation, die beim Ministerium für Staatssicherheit unter dem Namen „Pest“ verfolgt und zersetzt werden sollte, fühlt sich angesichts dieses historischen Gedenktages berufen, an die führenden Repräsentanten und Politiker unseres Landes zu appellieren, diesen herausragenden Tag der Deutschen Geschichte gemeinsam mit den noch lebenden Opfern des SED-Regimes in Würde und Dankbarkeit öffentlich zu begehen. Denn dieser Tag bietet wie kein anderer den politisch Verantwortlichen die Gelegenheit, nicht nur die mutigen Kämpfer von einst zu würdigen, sondern auch zur kritischen Selbstreflexion, ob insbesondere nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wirklich alles getan wurde, das begangene Unrecht gegenüber den SED-Opfern aus der Welt zu schaffen und ihnen die zustehende ideelle und materielle Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Denn es besteht diesbezüglich nach wie vor ein großer Handlungsbedarf. Nach wie vor leben viele der ehemals Verfolgten der Zweiten Deutschen Diktatur unterhalb der Armutsgrenze und sind auf Sozialleistungen angewiesen. Unser Verband hat vor der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag Wahlprüfsteine an alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien versandt.

Wäre dieser historische 70. Gedenktag an den Volksaufstand nicht die beste Gelegenheit, nichtgegebene Zusagen kritisch zu überprüfen und längst gegebene Versprechen gegenüber den Opfern des SED-Regimes endlich einzulösen?

Die Mitglieder und Repräsentanten der VOS, aber auch der übrigen unter dem Dach der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) organisierten Opfer- und Flüchtlingsverbände werden diesem unseren 70. Gedenktag am kommenden 17. Juni mit hoher Erwartung entgegensehen. Bitte vergessen Sie angesichts der historischen Bedeutung dieses bevorstehenden Ereignisses nicht die letzten noch lebenden Patrioten und Kämpfer für das wiedervereinte und demokratische Deutschland!

Verstehen Sie unseren Appell als eine Botschaft an nachfolgende Generationen, dass sich ein Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit für die Mutigen und Entschlossenen immer lohnt.

Hugo Diederich
Felix Heinz Holtschke,
May-Britt Krüger

Ich möchte als erstes in dieser Ausgabe auf die Einladungen zu den Gedenkveranstaltungen zum 17. Juni eingehen. Das Datum fällt auf einen Samstag, es ist der 70. Jahrestag. Es ist demnach mehr als eine Vorahnung, wenn ich sage, da wird viel los sein. Es ist unser Verband, der mehrere größere Feiern (mit)organisiert, zu denen wichtige Politiker, Medien und Gäste erscheinen werden. Ich habe vor der Veröffentlichung dieser Ausgabe bereits darauf hingewiesen, dass die Terminankündigungen rechtzeitig an die Bundesgeschäftsstelle oder direkt an die Redaktion gegeben werden sollten. Das ist nicht von allen geschehen. Meist nicht aus fehlendem Willen, sondern weil noch keine genauen Angaben abrufbar waren. Inwieweit wir in der Ausgabe Mai / Juni noch genügend zeitlichen Vorlauf haben, bleibt abzuwarten. Meine Bitte an die Mitglieder wäre daher, sich in Eigeninitiative an die Gruppenvorsitzenden zu wenden, um entsprechende Informationen zu erhalten. Schade wäre es, wenn jemand durch eine unzureichende Abstimmung die Teilnahme am Gedenken und vielleicht das Gespräch mit einem Politiker verpasst. Zu sagen gibt es eine Menge; und dies betrifft nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Zukunft. Der Gedenktag ist eine Gelegenheit, einen Brief an die Vertreter der Politik abzugeben oder ein Plakat aufzustellen, um die Aufmerksamkeit von Presse und Fernsehen zu gewinnen. Sicherlich kann man, sollte man einen Ratschlag brauchen, sich diesbezüglich an den Bundesvorstand wenden.

Es geht darum, auf die Bedeutung dieses geschichtlich wichtigen Datums hinzuweisen und die Rolle der ehemaligen politischen Häftlinge hervorzuheben. Mehrere Aktivisten des Volksaufstandes wurden hingerichtet, jene, die man zu fassen kriegte, wurden inhaftiert. Ein großer Teil der Verurteilten floh nach der Haftentlassung in den Westen. Natürlich, die Initiatoren und alle aktiv Beteiligten leben nicht mehr. Aber wir als nachfolgende Generationen, die inzwischen auch schon große Lücken zu beklagen haben, haben das Erbe fließend angetreten. Wir haben den Tag immer hervorgehoben, wir sind in jedem Jahr an den Gedenkstätten gewesen und haben öffentlich appelliert, den 17. Juni wieder als arbeitsfreien nationalen Gedenktag auszurufen, damit die Menschen im Land innehalten und über den Wert der Demokratie, die mehr und mehr als lästige Selbstverständlichkeit betrachtet und leider auch bekämpft wird, zu reden.

Auf ein Wort des Redakteurs

Dieser Tag ist unser Tag, wir sind nicht nur die Opfer der Diktatur, sondern wir haben durch den Mut, mit dem wir uns – egal in welcher Form und selbst in bitteren Phasen von Angst, Schwäche und Verzweiflung – gegen das Unrechtsregime gestellt, das dieses Land geteilt und mit einer vom Volk nicht legitimierten Regierung unterdrückt hat, gestellt. Wir sind die letzte lebende Generation des Widerstands gegen die SED- Diktatur. Als deren Zeitzeugen nehmen wir das Recht für uns in Anspruch, gemeinsam mit vielen anderen aufrechten Menschen (wozu ich auch die Aktivisten der Bürgerrechtsbewegung und nicht wenige mutige Politiker der Bundesrepublik zähle) in beiden Teilen unseres Jahrzehnte lang geteilten Landes, dieses Datum als gemeinsamen Gedenktag zur Wiedervereinigung zu begehen. Unser Bekenntnis heißt: Nie wieder eine Diktatur – egal aus welcher Richtung – in Deutschland zuzulassen, nie wieder ein geteiltes Land sein. Darum ist es wichtig, dass wir im Juni dieses Jahres an allen Plätzen und in allen politischen und gesellschaftlichen Gremien auf die ehrenvolle Pflicht zum Gedenken hinweisen.

Erwähnenswert ist dabei: Zu einem kontinuierlichen Umgang mit dem Gedenken gehören auch Fahrten für Schulklassen zu den historischen Stätten, die in Begleitung von Zeitzeugen stattfinden sollten. In den Alten Bundesländern wird von dieser Möglichkeit noch viel zu wenig Gebrauch gemacht. Es mag an den Entfernungen nach Berlin, Dresden oder Erfurt liegen, sollte aber unbedingt thematisiert werden. Inzwischen gibt es in den Neuen Bundesländern Anordnungen, denen zufolge Schulen verpflichtet sind, mit den oberen Jahrgängen mindestens eine solche Fahrt im letzten oder vorletzten Schuljahr durchzuführen. Dies wird auch dort nicht komplett erreicht. Dennoch bleibt die Zielstellung bestehen. Auskunft dazu kann das Forum zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur mit Sitz in Potsdam geben, das sich in vielen Belangen für das Gedenken und den Schutz der Demokratie in Deutschland einsetzt. Durch das Forum wird am 17. Juni – wie in den Vorjahren auch – zu einer Gedenkveranstaltung in Griebnitzsee eingeladen.

Für uns als letzte Generation des einstigen Widerstands ist der Tag der Deutschen Einheit noch einmal eine Gelegenheit, auf unsere persönliche Situation hinzuweisen. Wir sind fast alle im Ruhestand, wir sind auf die Rente angewiesen, die mit dem Voranschreiten der Inflation immer mehr Betroffene zu sozialen Notfällen macht. Wir können nicht streiken, und die meisten von uns sind nicht mehr in der Lage, zwecks Aufbesserung des Einkommens einen Nebenjob anzunehmen. Wer es über sich bringt, geht zum Sozialamt oder versucht es mit einem ärztlichen Attest. Es ist das, was sich eigentlich keiner antun will. Die Forderung nach einer höheren Opferrente bleibt weiter bestehen. Inzwischen liegt ein Positionspapier der SPD vor. Die Inhalte des Papiers sind in dieser Ausgabe klar kommentiert. Die Ereignisse des Volksaufstandes und die vielen schicksalsschweren nachfolgenden Repressalien zeigen deutlich, wer gelitten hat, wie und warum. Es sind seit Jahren große Worte gemacht worden, diesmal sicherlich auch. Aber niemand will davon sprechen, was uns die Politik bis heute schuldig geblieben ist: Einfach eine gesicherte Existenz unserer letzten Lebensjahre. Bitte geben Sie, gebt ihr das den Politikern am 17. Juni mit auf den Weg.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter-Kariger

AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

Mehr als ein Hoffnungsschimmer: SPD legt Positionspapier für Verbesserungen vor

Titelseite

Volksaufstand vor 70 Jahren
Appell an die Politik und an uns selbst

***Redaktionsthema*:**
Aus dem Gedenktag viele Aktionstage machen
Der 17. Juni als Basis für eine fundierte politische, geschichtsbezogene Arbeit 2

Es ist ein Arbeitspapier, an deren baldiger Weiterentwicklung die VOS mitwirken sollte
Die SPD legt ein Hoffnung gebendes Konzept zur Verbesserung der Lage der SED-Opfer vor 4 – 5

Die Symptome sind ähnlich, weil der Ursprung immer der gleiche ist
Über Folgeschäden der politischen Haft 6

Das Ende der Kausalität
Positionspapier der SPD kündigt Aufhebung der Nachweispflicht bei Haftschäden an 6

Höhere Opferrente: Die Zeit drängt
Leserbriefe, die von Herzen und aus der Not kommen 6

VOS Landesverband Sachsen:
Erinnerungen, Gespräche, Aufarbeitung Der neunte Band in der Schriftenreihe über politische Häftlinge wird am 29. Aprilvorgestellt 7

Das Ende eines Despoten, doch das Erbe ist lebendiger denn je
Stalins Tod vor 70 Jahren: Keine Erlösung von dem Übel seiner Ideologie 8

Immer eine Stütze der VOS
Besondere Wünsche zum 70. Geburtstag 8

„Letzte Adresse“ und das übliche Schweigen im Rathaus
Nebulös und unverständlich: das Verhalten der Neubrandenburger Politik. Und: ein gutgemeintes Spendenangebot an die Stadt 9

Abschied: Bitterkeit ist nicht das, was am Ende bleiben darf
Zwei Briefe zur persönlichen Aufarbeitung 10 – 11

Als Beirat in der Gedenkstätte Lindenstraße
Jochen Stern nun (doch) endlich berufen 11

Nicht alles ist geklärt und benannt
Michael Gartenschläger: Tod vor 47 Jahren 11

Kein ernst zu nehmender Wille vorhanden?
Stadt Neubrandenburg schiebt Entscheidungen für Begegnungsstätte vor sich her 12

Gesundschrumpfen oder politische Magerkost?
Der Bundestag soll (an Zahl der Abgeordneten) endlich abnehmen 12

Das große Glück der Freiheit währte nur wenige Stunden
Ein unbeugsamer Bitterfelder stellte sich mutig an die Spitze der Demonstranten 13 – 14

Gedenkstättenarbeit am Beispiel Neubrandenburgs stärken?
Vorschläge und Erwartungen 14

Kurzkolumne:
Okkupierte Lenin den Frauentag? 15
Das muss die Demokratie aushalten 15
Wagenknecht, Schwarzer und Crupalla? 15
Russlands Stärke – nur ein Narrativ? 15

Lesezeit. Bücher über und gegen die Diktatur
„Hardcore“ in der Erinnerung 16
Unwirklichkeit als Erinnerung 17

Hobby-Historiker mit eigenen Initiativen
Der Freikauf des Ingenieurs Hans Möhring 18

Über Kampflieder und Staatsgründungen
Nachträge zur vorigen Fg-Ausgabe 18

Die Reihen der SED-Oberen lichten sich
Zum Tode des ehemaligen PDS- Bundestagsabgeordneten Hans Modrow 18

Die letzten Jahre waren für uns nicht leicht. Die kommenden werden es auch nicht sein
Veranstaltung zum 17. Juni in Mainz muss leider verschoben werden 19

Briefe 6, 12
Nachrufe 19
Impressum, Veranstaltungen 20

Spendenbereitschaft hilft uns allen:
Martina und Uwe Rutkowski, Annemarie Verena Della Bella, Ingrid Arena, Gerald Naumann, Helmut Meng, Waltraud Ewert, Hans Stein, Jürgen Wolf, Gunter Schramm, Christa und Bernd Pieper, Manfred Stecher, Thomas Hainich, Dr. Ingrid Schmidt, Brigitte Voelkel, Jürgen Kurt Wenzel, Maria und Reinhard Walther, Bruno Niedzwetzki, May-Britt Krüger, Herbert Thomas, Friderun und Egon Seel, Hans-Joachim Sorge, Dr. Peter-Joachim Lapp, Martin Pescheck, Annemarie Krause, Jürgen Weisbach, Johann Leeb, Herbert Steinert, Reiner Miserocchi, Erwin Kujadt, Gerold Müller, Erika Herbricht, Fritz Schaarschmidt, Ruth Zabel, Joachim Nitsch, Lothar Ech, Karl-Günter Wehling, Peter Schlegel, Silvio Lemke, Hans Winkelmann, Rolf Paul Unger

Danke allen, die auch weiterhin großzügig für das Weiterbestehen unseres Verbandes gespendet haben.

Auch in dieser Ausgabe erreichte uns der Entwurf für eine Sondermarke zur 70-jährigen Wiederkehr des Volksaufstandes vom Juni 1953. Der Dank für dieses sehenswerte Motiv geht an das Ehepaar Erika und Manfred Wiese.

Hinweis: Die Einladungen zu den Gedenkveranstaltungen zum 17. Juni befinden sich (verteilt) im Innenteil diese Freiheitsglocke-Ausgabe.

Die Probleme der Opfer anpacken und die Lücken schließen

Die SPD-Fraktion legt ein umfassendes Positionspapier vor, um weitere Verbesserungen für ehemalige politische Häftlinge und weitere Opfer der SED-Diktatur zu unterstützen

Am 28. Februar 2023 gab die SPD als federführende Regierungspartei ein Positionspapier heraus, in dem sie sich mit der Situation der Opfer der SED-Diktatur befasst und mehrere wesentliche Verbesserungen für die Betroffenen ankündigt. Dazu heißt es einleitend: „Wir wollen Betroffene von Zwangsaussiedlung, von ‚Zersetzungsmaßnahmen' außerhalb des Gebiets der DDR und Opfer von staatlich organisiertem Doping im Spitzensport in den Katalog der Opfergruppen aufnehmen. Wir wollen die Opferrente dynamisieren, die Verfolgungszeit bei beruflich Verfolgten verkürzen und die Bedürftigkeitsgrenze sowie die Absenkung der Ausgleichzahlungen beim Renteneintritt abschaffen. Außerdem wollen wir ein Zweitantragsrecht für Menschen verankern, die bisher von Verbesserungen der gesetzlichen Lage nicht profitieren können, und eine effektive Regelung für die Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden einführen."

Mit der Aufzählung der Vorhaben wären zweifellos wesentliche Lücken geschlossen, die in der Versorgung der bisher nicht berücksichtigten Opferkategorien angemahnt wurden. Die Freiheitsglocke hat oft genug auf Inhaftierungen deutscher Bürger im sozialistischen Ausland hingewiesen und Beispiele von Verhaftungen in Ungarn, Bulgarien oder der CSSR aufgeführt und unmissverständlich die Frage gestellt, warum die Betroffenen nicht mit den Opfern des MfS bzw. der DDR-Justiz gleichgestellt werden.

Vielversprechend, wenn auch unklar wird im Positionspapier die Frage zur weiteren Gestaltung der Besonderen Zuwendung behandelt. Es heißt, die Opferrente solle dynamisiert werden und „eine Form einer automatischen Anpassung an die volkswirtschaftliche Lage, beispielsweise durch einen Inflationsausgleich" erfolgen. Inwieweit zunächst eine deutliche Erhöhung der monatlichen Zahlung vorgesehen ist, wird jedoch nicht beschrieben. Durch die Freiheitsglocke bzw. die VOS wurde im vorigen Jahr mit der „Initiative 800" eine ungefähre Zielstellung vorgegeben. Dass man sich zu einer derart großzügigen Erhöhung in einem Schritt entschließt, bedarf sicher weiterer Gespräche, in denen dann auch derzeit noch hinderliche juristische Hürden genommen und finanzielle Planungen berücksichtigt werden müssten. Es wäre jedoch ein gangbarer Weg, zumal man – wie bei Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern üblich – Stufenpläne zur Aufstockung und Dynamisierung über mehrere Zeitabschnitte vereinbaren könnte.

„Wir wollen einen Konsens über die oben ausgeführten Anpassungen auf Fachebene herbeiführen und anschließend in Form einer Fraktionsinitiative, möglicherweise auch in Kooperation mit weiteren demokratischen Fraktionen des Bundestages, umsetzen. Die gesetzliche Verankerung erfolgt dann im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel."

Aus dem Positionspapier der SPD vom 28. Februar 2023

Als wunder Punkt im Umgang mit den Opfern wird klar und deutlich die Anerkennung von Schäden der Gesundheit erkannt. Dazu heißt es im Positionspapier der SPD ganz richtig: „Das zentral verbindende Element besteht darin, dass alle schwerwiegende Traumata erlitten haben und bis heute wesentliche (gesundheitliche, soziale und finanzielle) Auswirkungen als Folge erleben." Eine solche Feststellung stimmt mit den Erfahrungen der meisten Betroffenen überein, sind es doch die Haftfolgen, die teils erst nach Jahrzehnten als solche erkennbar werden. Offen bleibt die Rolle der Gutachter. Diese entscheiden über die Anerkennung von Schäden an der Gesundheit und kommen nicht unbedingt zu einem Ergebnis im Sinne des Antragstellers. In dem Papier heißt es hierzu: „Anträge werden nur in etwa zehn Prozent der Fälle bewilligt, weil die Kausalität nicht belegbar ist." Es ist allerdings weniger die fehlende Kausalität, sondern die mangelnde Kenntnis der Gutachter. Ohne deren allgemeine fachliche Ausbildung in Frage stellen zu wollen, sollte man jeweils prüfen, inwieweit sie über Kenntnisse zur politischen Haft in der SED-Diktatur verfügen. Vor allem in den Alten Bundesländern fehlt den Gutachtern der Zugang zu den Verhältnissen im Stasi-System und im sozialistischen Strafvollzug. Leider gibt es genügend hochqualifizierte Psychologen und Psychiater, die keine Gedenkstätte von innen gesehen und keine Häftlingsbiografie gelesen haben. Fakt ist: Haftschäden sind weder angeborene psychische Erkrankungen noch ursprungen sie in Unfällen. Sie sind in der Haft bewusst und gezielt durch das Organ MfS herbeigeführt worden, um freiheitssuchende Bürgerinnen und Bürger auf immer hochgradig zu zermürben und sie auf Lebenszeit zu Opfern zu machen. Dieses Ziel ist bei allen ehemaligen politischen Häftlingen erreicht worden, und es gibt nur wenige, bei denen sich das dauerhafte Nachwirken der Haftmethoden behandeln oder beseitigen lässt. Hinzu kommt, dass die Zahl von mehreren tausend ehemaligen politischen Häftlingen einer zu geringen Anzahl von Gutachtern gegenüber steht. Oft genug wurde in der Freiheitsglocke darauf hingewiesen.

In den Alten Bundesländern ist es vor allem abseits der Großstädte zudem schwierig, überhaupt erst an zuständige Behörden zu gelangen. Eine Möglichkeit wäre, die Rolle der Hausärzte zu stärken. Diese kennen ihre Patienten oft sehr lange und können ein sicheres Urteil über den gesundheitlichen Zustand abgeben. Der Patient selbst unterliegt gegenüber dem Hausarzt zudem nicht der Anspannung, die vor einem Gutachter meist unvermeidbar ist.

Eine andere Hürde ist die Formalität der Antragstellung.

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

Jemand, die oder der eine Erkrankung durch die Haft offenlegen möchte, steht bereits bei der Antragstellung vor einem Problem. Genau genommen gibt es niemanden, die oder der mehrere Monate Stasi-Haft und erdrückende Vernehmungen hinter sich hat, der davon psychisch, oft auch körperlich nicht schwer belastet ist.

Die Angst, die vom MfS und später im Vollzug vom Wachpersonal und den Mitgefangenen einmal in die Seele eines Häftlings gepresst wurde, wird man nicht mehr los. Es wäre also zweckmäßig, die im Positionspapier angedachten Maßnahmen hinsichtlich der Anerkennung von haftbedingten Gesundheitsschäden noch einmal mit den Gegebenheiten der Praxis abzugleichen und die Vorgehensweise zu vereinfachen. Das Positionspapier geht (wie oben zitiert) von einer grundsätzlichen Schädigung bei allen Betroffenen aus. Somit wäre es naheliegend, eine pauschale Entschädigung für alle Betroffenen anzusetzen. Auch hier würde der einfachste Weg über die Erhöhung der Opferrente führen.

Hervorzuheben ist die im Positionspapier aufgeführte Bereitschaft, die Kürzung bzw. einen kompletten Ausschluss von der Opferrente aufgrund des Einkommens (Bedürftigkeitsklausel) abzuschaffen. Damit würde die jährliche Prüfung unter Vorlage aller persönlichen Daten entfallen. Wie bereits mehrfach in der Freiheitsglocke berichtet und wie auch im Positionspapier der SPD festgehalten, ist die Offenlegung von persönlichen Daten für die Betroffenen unangenehm. Sie widerspricht zudem dem ansonsten in allen Verwaltungsvorgängen detailliert vorgegebenen Auflagen zum Datenschutz.

Weiterhin widmet sich das Papier dem Rentenanspruch ehemaliger politischer Häftlinge. Hier ist vielen Betroffenen nicht klar, auf welche Weise und in welchen Zeiträumen sie benachteiligt sind. Es heißt auf Seite 4 der 5-seitigen Analyse: „Aktuell werden die monatlichen Zahlungen nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz mit dem Renteneintritt automatisch von 240 auf 180 Euro abgesenkt. Diese Regelung ist in der Vergangenheit eingeführt worden, weil man annahm, dass Betroffene den Weg in ein geregeltes Berufsleben finden und deshalb auch eine auskömmliche Rente erhalten würden. Selbst abseits des gesamtgesellschaftlichen Themas der Altersarmut wird deutlich, dass die gesammelten Rentenpunkte bei großen Teilen der betroffenen Personen kaum eine zum Leben ausreichende Rente bringen. Die bisher gültige Absenkung der Unterstützungsleistungen beim Renteneintritt wollen wir daher korrigieren und die Zahlungen auf konstantem Niveau belassen. Da schon ein mehrmonatiger Arbeitsplatzverlust oder eine kurzzeitige Haft für die Betroffenen weitreichende Folgen in ihrer Erwerbsbiografie hatten, ohne dass die gesetzlich vorgesehene Verfolgungszeit von drei Jahren als Zugangsvoraussetzung zum Erhalt von Leistungen erreicht ist, müssen wir eine Verkürzung der Verfolgungszeit prüfen."

Sollte diese Maßnahme wirklich zum Tragen kommen, wäre (sehr) vielen Betroffenen geholfen. Eine Aufstockung um ein Viertel der Rentenpunkte, egal um welche Zeitspanne es sich handelt, wäre ein wirksamer Schritt. Es wäre auch ein gerechterer Ausgleich als ein Härtefonds, der eine reine Sozialmaßnahme ist. Allerdings bleibt hier die Frage, ob ein entsprechendes Gesetz rückwirkend angewendet werden kann. In den Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung sind viele tausend Betroffene in den Ruhestand gewechselt. An ihnen würde eine Stichtagsregelung vorbeigehen. Eine Gleichbehandlung wäre erst gegeben, wenn man sie nachträglich in diese Regelung einbezöge. Die derzeitige Altersstruktur der noch lebenden Betroffenen wird ebenfalls im Positionspapier in einem Ringdiagramm ausgewiesen. Demnach hat die Altersgruppe zwischen 60 und 80 Jahren unter den SED-Opfern den Hauptanteil inne. Es sind die Geburtenjahrgänge von 1945 bis 1965, die die DDR, den Mauerfall und manchen Kampf für eine bessere Entschädigung erlebt haben. Sie haben besonders stark unter der Diktatur gelitten; aber sie sind es vornehmlich, die den Zusammenbruch herbeigeführt haben. Auch ihre Zahl dürfte in Bälde abnehmen. Es wäre angemessen, den Opfern kurzfristig durch weitere Maßnahmen zu helfen. Wir haben gesehen, die Ampelkoalition hat bei einigen wirklich wichtigen politischen Problemen auf globaler und auf Bundesebene lange für die notwendigen Entscheidungen gebraucht. Es hat sich gezeigt, dass Bedächtigkeit nicht zu Fehlschlüssen führen muss. Im Gegenteil, Deutschland hat seinen guten Stand in der Weltpolitik behalten.

Mit weiteren Verbesserungen für ehemalige politische Häftlinge wäre auch innenpolitisch weitere Akzeptanz zu gewinnen. Die SPD hat mit dem Positionspapier gezeigt, dass sie handeln kann und sicherlich auch will. Es wäre mehr als eine Geste, wenn Bündnis 90 / Grüne und FDP nachziehen.

ARK

Die Abbildung zeigt die für das Positionspapier erarbeitete Altersstruktur der Betroffenen. Sie trifft folgende Aussage:

3 % unter 50 Jahre
6 % über 80 Jahre
37 % zwischen 60 und 70 Jahre
25 % zwischen 50 und 60 Jahre
29 % zwischen 70 und 80 Jahre.

Der VOS-Bundesvorstand dankt der SPD für die vorgelegte Initiative zur Verbesserung der Lage der SED-Opfer. Wir bieten an, gemeinsam mit der Opferbeauftragten und den weiteren Regierungsparteien Gespräche zu führen.

Hugo Diederich

Bitte Seite 6 beachten: Mögliche Krankheitssymptome, die aus der Haft resultieren könnten.

Späte, aber häufig auftretende gesundheitliche Haftschäden

Worunter wir leiden, was uns das (Über)Leben und den Alltag immer schwerer macht

Im Positionspapier der SPD (Seite 4 und 5 dieser Ausgabe) wird gefordert, die Kausalität zwischen einem Krankheitssymptom und der Haft aufzuheben. Bisher war es so, dass man bei der Geltendmachung von Gesundheitsschäden den Nachweis erbringen sollte, dass diese aus der Haft herrühren. Dies soll laut SPD-Konzeption nicht mehr gelten. Konkret heißt das, treten Gesundheitsschäden auf, die möglicherweise ihren Ursprung in der Haft haben, muss die Herkunft nicht mehr nachgewiesen werden. Damit wäre die vormals zermürbende Auseinandersetzung um die Anerkennung der Haftfolgen nicht mehr gültig. Man darf hoffen, dass die Ämter, Gutachter und Gerichte dieser Verfahrensweise, sollte sie in kraft treten, folgen.

Das Positionspapier nennt in diesem Zusammenhang Erscheinungsformen gesundheitlicher Beeinträchtigung: „Ein anschauliches Beispiel dafür (gemeint sind die Haftfolgen – d. Red.) sind Panikattacken in engen Räumen oder in einem Umfeld von dicht gedrängten Menschen als Resultat der Hafterfahrung. Für diese Menschen ist es nicht möglich, in engen Wohnungen zu leben oder den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen."

Aus Jahrzehnte langen Gesprächen mit Betroffenen sowie aus deren schriftlichen Erinnerungen wissen wir um viele andere Krankheiten und deren Symptome:

- Schlaflosigkeit
- Schweißausbrüche
- Schüttelfrost
- Kopfschmerz/Migräne
- dauerhafte Angstzustände
- Depressionen
- Weinkrämpfe
- Begegnungsängste
- Berührungsängste
- Gereiztheit
- Wutausbrüche
- Erinnerungslücken
- Konzentrationsschwäche
- Sprachstörungen
- Lähmungserscheinungen
- Suchterscheinungen (Alkohol, Süßigkeiten, Fernsehserien, Internet)
- Gliederschmerzen
- Magen/Darmproblem
- Zahnverlust, Paradentose
- Platzangst (Aufzüge, enge Räume)

Es gibt, seit politische Häftlinge aus der DDR in den Westen gelangten, immer wieder medizinische und psychologische Studien oder sogenannte Wegweiser, die sich mit den Spätfolgen der Haft befassen. Vorstehend sind nur einige genannt. Die Freiheitsglocke ist gern bereit, weitere Symptome und Erkrankungen wie auch über Erkenntnisse von ehemaligen politischen Häftlingen aus dem heutigen Alltag aufzuführen. Auch der Austausch von Erfahrungen mit Ämtern und Gutachtern wäre ein Weg der gegenseitigen Unterstützung.

Valerie Bosse

leserbriefe

Das haben wir nicht verdient. Oder etwa doch?

„Biologische Lösung" als Kalkül?

✉ Das Thema Zwangsarbeit ist in der Freiheitsglocke immer wieder präsent. Im Sommer 2000 organisierte die Union der Opferverbände (UOKG) hierzu in der Gedenkstätte bzw. im Menschenrechtszentrum Cottbus ein Tribunal über die Haftzwangsarbeit in den Gefängnissen der DDR. Neben den Zeitzeugen war die Jury des Tribunals international besetzt. Nach Ablauf der Anhörung der Zeitzeugen, die aus dem ganzen Bundesgebiet anreisten, stand fest, dass es in den Gefängnissen der DDR tatsächlich Zwangsarbeit gab. Die Auswertung wurde im gleichen Jahr ebenso dem Deutschen Bundestag übergeben.

In den letzten beiden Jahren wurde das Thema auch wieder von den Medien (ZDF, MDR etc.) aufgegriffen. Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke wird hoffentlich auch nicht müde, dieses leidige Thema bei den im Bundestag vertretenen Parteien anzustoßen.

Wie allgemein bekannt, hat bisher lediglich IKEA signalisiert, sich an einer Entschädigung (als Spende – d. Red.) zu beteiligen. Die Haftzwangsarbeit konnte ebenso durch einen Forschungsauftrag bei der Deutschen Bahn – bedingt durch die Deutsche Reichsbahn – bestätigt werden. Außer einer Entschuldigung vom damaligen Bahnchef Grube passierte nicht viel.

Seit Jahren nun arbeitet die UOKG an Möglichkeiten, hier endlich einen Anschluss zu finden. Wie lange und welche Forschungen und Gespräche sind weiterhin erforderlich um eine finanzielle Entschädigung zu erhalten? Will man wirklich so lange warten, bis keiner mehr von uns am Leben ist und die viel zitierte biologische Lösung eintritt?

Das haben wir nicht verdient. Oder etwa doch?

Ich möchte im Namen vieler darum bitten, dass die Bundesbeauftragte für die SED-Opfer gemeinsam mit dem Bundesvorstand der VOS noch in diesem Jahr eine zufriedenstellende Lösung findet.

Michael Teupel VOS-Mitglied

Zahl der Wartenden nimmt ab

Schnelles Handeln wäre jetzt angebracht

✉ Wir befinden uns nun schon im Februar 2023, man sieht, ein Jahr geht schnell vorbei. In Kürze müssen wir die Frage stellen: Was ist aus dem Bericht der Opferbeauftragten geworden? Im Juni vergangenen Jahres wurde er an einige Stellen und Instanzen übergeben. In welchen Schubladen schlummert er nun? Braucht man wirklich so viele Monate, um auf die angekündigten Versprechungen zurückzukommen?

Ist es sehr vermessen zu fragen, wie geht es nun weiter und wann?

Wir werden nicht jünger, und die Zahl der Wartenden nimmt rapide ab. Es wäre schön, wenn für die hochbetagten Überlebenden auch noch etwas getan werden könnte. Und bitte keine „sozialen Almosen".

Karl-Heinz Genath, 95 Jahre

„Wie menschenverachtend das war.“ Wie die Auswirkungen der SED-Diktatur über Generationen hinweg spürbar sind

Der sächsische Landesverband der VOS hat einen weiteren Band seiner Schriftenreihe „Erinnerungen an politische Gefangenschaft“ herausgegeben. Das Buch wird am 29. April 2023 beim Bürgerkomitee Leipzig mit einer Lesung und einem Zeitzeugengespräch präsentiert.

Seit 2014 dokumentieren wir die Haftschicksale von Kameradinnen und Kameraden der VOS. Mehr als 40 Biografien können seither in unserer Schriftenreihe und auf unserer Website nachgelesen werden. Unter dem Titel *„Wie menschenverachtend das war.“* liegt nun der neunte Band der Biografien-Sammlung vor. Auf insgesamt 148 Seiten, die mit zahlreichen Abbildungen ergänzt sind, lassen sich die Lebensgeschichten von vier

Menschen nachvollziehen, die politische Gefangenschaft unter dem kommunistischen Regime im Zeitraum 1945 bis 1989 erlitten.

Mit Manfred Zehl und Rudolf Schwarze zeichnen wir erstmalig die Biografien von zwei verstorbenen Kameraden nach. Ihre Lebensläufe wurden durch die Unterstützung der Angehörigen – Manfred Zehls Sohn Harald und Rudolf Schwarzes Enkeltochter Dr. Steffi Lehmann – rekonstruiert. So gelang es, die Erfahrungen und Erlebnisse der beiden Zeitzeugen auch im familiären Zusammenhang zu betrachten. Die Porträts von Elke Schlegel und Reiner Miserocchi erzählen von der systemsprengenden Kraft der Ausreisebewegung aus der DDR – und von dem immens hohen Preis, den Antragsteller für ihre politische und persönliche Freiheit zahlen mussten.

Wir laden Sie zur Lesung mit Zeitzeugengespräch am 29. April 2023 um 13 Uhr in der Runden Ecke Leipzig ein

Der Bundesvorsitzende der VOS, Hugo Diederich, hat ein Vorwort zum aktuellen Band beigetragen. Nicht zuletzt seine Rückmeldung zeigt uns, dass wir mit unserem Zeitzeugenprojekt einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungsarbeit und zur Aufarbeitung der geschichtlichen Vergangenheit leisten, der von der Öffentlichkeit dankbar angenommen wird.

Am 29. April 2023 um 13 Uhr werden wir im Rahmen des Buchmesse-Programms „Leipzig liest“ beim Bürgerkomitee Leipzig *(Kinosaal der Runden Ecke, Dittrichring 24, 04109 Leipzig)* unseren neuen Band mit einer Lesung und einem Zeitzeugengespräch präsentieren. Eine Tradition, die schon seit Jahren besteht, und ein Anlass, zu dem wir alle Interessierten herzlich einladen möchten! Der Eintritt ist frei. Die Autorin Ariane Zabel wird das Zeitzeugenprojekt der VOS Sachsen vorstellen, aus dem Buch lesen und mit Elke Schlegel und Dr. Steffi Lehmann ins Gespräch kommen. Elke Schlegel ist nicht nur eine Protagonistin des aktuellen Bands, sondern auch Regionalbeauftragte der UOKG in Rheinland-Pfalz und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes. Sie schrieb ihre Autobiografie unter dem Titel *„5 Monate und 24 Tage. Frauenzuchthaus Hoheneck – eine Extremerfahrung“*. Dr. Steffi Lehmann, die Enkelin von Protagonist Rudolf Schwarze, forschte und promovierte zur Jugendkultur in der DDR. Dr. Lehmann ist zudem Leiterin des Lern- und Gedenkorts Kaßberg-Gefängnis e.V. – einem der damaligen Haftorte von Elke Schlegel. Die Gäste werden mit der Autorin über ihre Hafterfahrungen, die persönliche Aufarbeitung und transgenerationale Traumata sprechen. Wie immer wird genug Zeit sein, um auch mit dem Publikum in den Austausch zu gehen und Fragen zu beantworten.

Die VOS Sachsen hält daran fest, die einzigartigen Zeitzeugenberichte für zukünftige Generationen zu dokumentieren. In diesem Jahr wird deshalb die Jubiläumsausgabe – der zehnte Band der Schriftenreihe – erarbeitet.

2023 kommt der 10. Jubiläumsband der Schriftenreihe

Wenn Sie ebenfalls Ihre Haftgeschichte berichten möchten oder an unseren Publikationen interessiert sind, kontaktieren Sie bitte den Landesvorsitzenden Frank Nemetz (frank.nemetz@gmx.de bzw. 0175-1676838) oder die Autorin Ariane Zabel (kontakt@arianezabel.de bzw. 0177-7559577).

Wir laden Sie auch herzlich ein, unsere Website *www.vos-sachsen-zeitzeugenerinnerungen.de* zu besuchen, auf der die Biografien aller bisher erschienenen Bände versammelt sind. *Ariane Zabel*

Stalin: Opfer des eigenen Wahns

Einer der größten Verbrecher starb vor 70 Jahren

Wo soll man beginnen, wenn man über einen Politiker schreiben will, dessen Laufbahn von Untaten und Verbrechen geradezu schillert? Vielleicht mit seinem Konterfei, das ihn als einen wohlwollenden, menschenfreundlichen Mann erscheinen lässt, dem man vom Äußeren nicht den Hauch einer schlechten Tat zutrauen würde? Wahrlich, ein Väterchen. Wenn man darauf seine Biografie liest, gemeint ist eine von den nicht selbst verfassten oder befohlenen, dann weiß man einmal mehr, wie man sich täuschen kann.

Stalin starb am 5. März 1953. Es ist bekannt, wie er die letzten Tage vor seinem Tod hilflos siechend zubrachte. Der Schlaganfall am 28. Februar besiegelte das, was er sich in seiner grausamen, eiskalten Art eingebrockt hatte. Niemand wollte ihm helfen. Keiner seiner zwangsgetreuen Gehilfen mochte einen Arzt rufen, geschweige denn lebensrettende Maßnahmen anzuwenden. Allein die Angst, einem wiederbelebten Monster wie ihm erneut Regierungsgewalt zu übertragen, hätte für die Zeugen seines armseligen Zustands das Todesurteil bedeutet. Sowohl die Wachen wie auch die Ärzte und auch nicht seine eng angebundenen Genossen rührten die Finger. War es ein Wunder? Selbst seine Tochter Swetlana Alluljewa erinnerte sich später voller Schrecken: Seine linke Hand war noch als Einziges beweglich. Er hob sie und drohte allen, die ihn umstanden.

Diese Art des Sterbens wünscht man keinem Menschen. Es sei denn, er sei ein Diktator vom Zuschnitt des Georgiers mit dem eigentlichen Namen Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili. Viele, die unter ihm gelitten und unter fadenscheinigen, erfundenen Begründungen alles verloren haben, die gerade so überlebten und gesundheitlich schwer geschädigt wurden, empfanden angesichts eines derartigen qualvollen Endes ein bisschen Genugtuung. Wiederbringen und wiedergutmachen wird das freilich nichts.

Wir erinnern uns, dass der frühere Fg-Redakteur Binski Stalin als den schlimmsten Verbrecher der Geschichte bezeichnet hat. Da mag viel persönliche Wut und Erfahrung in der Rede sein. Fakt ist, dass man rückblickend nicht unterscheiden wird, ob es andere besessene Diktatoren gab (oder gibt), die nicht mindestens ebenso fürchterlich waren oder sind. Schauen wir zuerst nach Deutschland, dann nach China oder Nordkorea. Wesentlich ist, aus der Geschichte zu lernen und nicht die gleichen Fehler von einst zuzulassen.

Eine Anmerkung muss allerdings erlaubt sein: Ohne Stalins Tod und das zeitweilige Machtvakuum würden wir in diesem Jahr nicht auch die 70-jährige Wiederkehr des Volksaufstandes vom Juni 1953 begehen, wir hätten keine VOS, und vielleicht könnte auch Wladimir Putin diesen Unmenschen Stalin dann nicht als Ikone der Geschichte hinstellen. Oder so spekuliert: Wäre ohne einen Stalin Deutschland nicht geteilt, nicht um einen Teil seines Territoriums beraubt worden und hätte es nicht viel früher seine Demokratie errichten oder behalten können? Nun, es müßig zu spekulieren. Die Geschichte lässt sich nicht revidieren. Wir wissen es längst. *Gerd Igor Lesnikow*

Einer der „jungen Älteren“ mit großen Verdiensten

Ehemaliges Vorstandsmitglied feiert Geburtstag

Am 9. Mai wird unser geschätzter Kamerad Bernd Pieper 70 Jahre. Es wird in der VOS nur wenige geben, die ihn nicht kennen. Lange hat er im Bundesvorstand mitgewirkt und bei den Generalversammlungen des Verbandes mit sicherer und geübter Hand für geregelte, zielführende Abläufe gesorgt. Große Verdienste hat sich Kamerad Pieper in der Arbeit mit den Bezirksgruppen in Ostwestfalen-Lippe erworben. Zweimal im Jahr lud er die Kameradinnen und Kameraden aus der Region ein, um mit ihnen über die VOS, die aktuelle politische Lage und die soziale Situation der Opfer zu sprechen. Es wurden dabei Erinnerungen aus schlimmen Zeiten und Erfahrungen aus dem Leben im neuen System ausgetauscht. Immer auch war es Bernd Pieper ein besonderes Anliegen, durch eine Gedenkminute an die Verstorbenen aus unseren Reihen zu erinnern. Fast alle, die im östlichen Teil Westfalens leben, hat er mit seinen Einladungen erreicht, allen hat er ein gutes, geradezu heimatliches Gefühl gegeben und alle hatten in ihm einen verständnisvollen Ansprechpartner, der auch neuen VOS-Mitgliedern etwas über die früheren Generationen des Verbandes berichten konnte. Immer waren die Versammlungen wichtige Höhepunkte, auf die sich die Mitglieder freuten.

In seinem weiteren Wirken ist Bernd Pieper auch außerhalb des Verbandes, wenn auch im Interesse und in der Sache der Mitglieder und aller SED-Opfer tätig gewesen. Soll heißen, er war ein wichtiger Zeitzeuge, der an den Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen über sein eigenes Schicksal und die Geschichte der DDR sprach. Er fand bei den jungen Menschen mit seiner unkomplizierten, freundlich humorvollen Art großen Zuspruch und durfte vor vier Jahren als besondere Würdigung vieler Verdienste seinem eigenen Theaterstück beiwohnen, das ihm das Gymnasium in Herford widmete. Der Inhalt wurde seinerzeit ausführlich in der Freiheitsglocke vorgestellt. Es ging um einen Häftling, der die Brutalitäten der Stasi in voller Härte erleben musste. Es war sein Schicksal, und die Schülerinnen und Schüler stellten es mit Unterstützung der Lehrer großartig nach.

Inzwischen hat sich Kamerad Pieper in den Ruhestand begeben, was nicht nur seine berufliche Tätigkeit angeht, sondern auch die organisatorische Arbeit betrifft. Wir bedauern es, aber wir gönnen es ihm. Vor allem gilt ihm unser Dank, zugleich gratulieren wir sehr herzlich. *Redakteur und Bundesvorstand. Foto © ARK*

Wer sich um das Gedenken drückt, macht keinen guten Eindruck

Sind in Neubrandenburg Gedenktafeln zur Erinnerung an schwere Verbrechen unerwünscht?

Die in Russland gegründete, dort verfolgte und inzwischen streng verbotene Menschenrechtsorganisation MEMORIAL hat die Arbeit der Stiftung „Die letzte Adresse“ (russisch: poslednij adres) initiiert. Sie gilt der Bewahrung des Andenkens an die Opfer der sowjetischen politischen Repressionen und warnt vor dem bedrohlich erstarkten Neo-Sowjetismus und seinen kriegerischen Handlungen. Das Projekt wurde 2013 von Mitarbeitenden des russischen Memorial- Netzwerkes, Historikern und Journalisten in Moskau ins Leben gerufen. Dafür muss allseits ausdrücklich gedankt werden.

Angelehnt an die Stolpersteine, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern, beschäftigt sich die Stiftung *Die letzte Adresse* mit der Herstellung und Anbringung von Gedenktafeln an den vormaligen Wohnhäusern von Menschen, die von 1918 bis 1991 im Rahmen politischer Verfolgung durch sowjetische Behörden schuldlos ihr Leben verloren.

Für ihre herausragenden Verdienste im Bereich der Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts wurde die Initiative im Juni 2018 von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit dem Karl-Wilhelm-Fricke-Preis ausgezeichnet. Im Jahr 2022 erhielt MEMORIAL den Friedensnobelpreis.

In Neubrandenburg wird sie jedoch ignoriert?

Inzwischen wurden bereits über 800 Tafeln in folgenden Ländern angebracht: Russland, Ukraine, Moldau, Tschechien, Georgien und Deutschland. In Russland gibt es die Tafeln bereits in 48 Kommunen: von Moskau und St. Petersburg über Perm bis Taganrog.

Über MEMORIAL Deutschland e. V., dem deutschen Zweig der internationalen Gesellschaft Memorial, ist es jetzt auch in Deutschland möglich, die von der Stiftung hergestellten Gedenktafeln an den „letzten Adressen“ jener Menschen anzubringen, die unschuldig in der Sowjetunion erschossen wurden oder im GULag umkamen. Viele dieser Unschuldigen wurden nach 1990 in der Regierungszeit Gorbatschows rehabilitiert.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. eruierte rehabilitierte Personen aus der hiesigen Region. Daraufhin wurde im Jahr 2020 an die Stadtverwaltung Neubrandenburg ein Antrag zum Thema „Letzte Adresse“ gestellt und der Behörde die Personalien der Neubrandenburger mitgeteilt. Daraufhin meldete sich die Stadt Neubrandenburg am 25. Januar 2021 mit einem Zwischenbescheid.

Anfang des Jahres 2022 erfolgte ein persönliches Gespräch mit dem Oberbürgermeister. Daher dürfte allen Fraktionen in der Stadtvertretung das Anliegen „Letzte Adresse“ und damit die Bedeutung für die Betroffenen aus Neubrandenburg hinreichend bekannt sein.

Doch leider folgt die alte Leier. Mit keinem Wort wird das Projekt durch den Fachbereich Stadtplanung, Wirtschaft, Bauordnung und Kultur – Abteilung Kultur, den Oberbürgermeister bzw. durch die Stadtfraktionen und Stadtverwaltung vorangetrieben. Warum wartet man inzwischen über zwei Jahre und zeigt bis heute keine Bereitschaft zu handeln? Glaubt man etwa, geschehenes Unrecht und die Pflicht dieses aufzuarbeiten wird vergessen, wenn man es von der Tagesordnung verdrängt und die Anschreiben, die darauf hinweisen, nicht beantwortet? Was tun die Parteien, warum verweigert man sich in Neubrandenburg dem Gedenken an das kommunistische Unrecht?

Mitglieder der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) haben angeboten, die Gedenktafelkosten für die Aktion „letzte Adresse“ in der Stadt Neubrandenburg zu finanzieren. Nunmehr ist es also Sache von Verwaltung und Politik, die fälligen Entscheidungen zu treffen, damit endlich Taten folgen können. Genaugenommen wäre nichts weiter zu tun, als diesem Vorhaben offiziell zuzustimmen.

Die VOS wird weiterhin dafür eintreten, Verbrechen, egal wie lange diese zurückliegen und von wem sie unter welchem Vorwand begangen wurden, offenzulegen. Wer sich scheut, die Opfer und ihre Schicksale beim Namen zu nennen, kann auch in anderen politischen Belangen nicht glaubwürdig erscheinen.

In diesem Zusammenhang geht ein ausdrücklicher Dank der VOS an MEMORIAL Deutschland e. V., das sich unermüdlich für die Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts einsetzt. Zu nennen ist dabei als Quelle die Studie „Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche“ (1944 bis 1947), herausgegeben von Klaus-Dieter Müller, Andreas Weigelt, Thomas Schaarschmidt und Mike Schmeitzner

(ISBN-13: 978-3-525-36968-5).

André Rohloff

Quelle: https://www.memorial.de/index.php/themen-projekte/historische-aufarbeitung/die-letzte-adresse

Eigeninitiative

André Rohloff mit einem Angebot an die Stadt Neubrandenburg

Ich möchte der Stadt Neubrandenburg eine zweckgebundene Spende in Höhe von 300,00€ zur Anbringung einer Gedenktafel anbieten.

Um mit Ihnen über die Aufschrift, Gestaltung und Anbringung der Gedenktafel für die ehemaligen jüdischen Mitbürger, Sinti und Roma der Stadt Neubrandenburg zu sprechen, stehe ich Ihnen für ein persönliches Gespräch gerne zur Verfügung.

Bereits am 22. September 2019 um 14:21 Uhr wandte ich mich mit folgender E-Mail an Oberbürgermeister Silvio Witt: „Ein Schweigepakt hinterlässt tiefe Spuren. Aus diesem Grund möchte ich die Stadt Neubrandenburg als Träger öffentlicher Belange bitten, bei der Deutschen Bahn einen Antrag zu stellen, um eine Gedenktafel am Bahnhofsgebäude anbringen zu lassen, um an die Deportation von Juden, Sinti, Roma und der Kriegsgefangenen zu erinnern. Die Deutsche Bahn hat sicherlich nichts gegen einen Gestattungsvertrag einzuwenden, da dies auch in anderen Städten praktiziert wird.

André Rohloff, 17. Oktober 2022

Am Ende des langen, gemeinsamen Lebens: Trost und Friede

„Dass die Opferrente nicht weitergezahlt wird, ist eine Enttäuschung und ein großer Verlust“

Was wäre, wenn dies alles vergessen wäre: Das Leiden, die Verzweiflung, das Hoffen. Die Frage stellt sich, wenn man den nachfolgenden Bericht der 92-jährigen Ursula Steinhaus aus Bad Belzig nahe Potsdam liest. Im Februar dieses Jahres versuchte der Bundesvorstand der VOS ihrem Mann zum 95. Geburtstag zu gratulieren, doch es stellte sich heraus, dass er bereits dreieinhalb Monate tot war.

So traurig das ist, hat er doch sehr viele Spuren hinterlassen, die deutlich auf das Unrecht und die Schicksale vieler Gleichaltriger hinweisen. Er hat ein Erinnerungsbuch geschrieben und viele wichtige Dokumente aufbewahrt.

Nun wandte sich seine Witwe Ursula mit einem Schreiben und einigen Dokumenten an die VOS, wobei sie auch ihre persönliche keineswegs einfache Situation schildert. Es ist erstaunlich und bewundernswert, wie sie das Erbe ihres Mannes ordnet und an den Sohn übergibt, wovon die nachstehenden Briefe zeugen. Zum einen richtet sie diesen an den Verband VOS, zum anderen gibt sie dem verstorbenen Fritz Steinhaus einen rührenden Gruß mit auf die Reise in eine hoffentlich gute Welt. Lesen Sie es nachstehend selbst.

Der Geburtstagsgruß für meinen Ehemann Fritz Steinhaus ist bei mir leider zu spät eingegangen, da er am 22. November 2022 verstorben ist. Die Opferrente ist von Ihren Stellen eingestellt worden, und überzahlte Beträge wurden zurückgebucht. Ich hatte auch einmal gehofft, dass sich die angestrebte Vererbbarkeit dieser Rente durchsetzen würde, zumal sich die gesamte Familie ein Leben lang mit den Folgen der Situation in seinen jungen Jahren durchzuschlagen hatte.

Mein Mann hat, wie Sie in Ihrem Schreiben vermuten, aus seiner dreijährigen Internierung und den 14 Jahren Zuchthaus (von denen er zehn abgesessen hatte) eine Broschüre hinterlassen. Sie trägt den Titel „Verlorene Jugend“.

Ich hatte für meinen letzten unserer drei Söhne – zwei sind bereits verstorben – gerade die letzten verbliebenen Exemplare zurechtgelegt, weil ich den Nachlass allmählich auflösen möchte. Der Sohn wohnt in Treuenbrietzen, und ich möchte ihm als letztem direkten Nachkommen nicht so viel Aufwand mit all den Dokumenten und Aufzeichnungen aufbürden. Ich selbst bin nun 92 Jahre alt und habe Pflegestufe 3.

Ich füge hier ein Exemplar des Buches und einige Aufzeichnungen bei. Ich habe sie Fritz am 8. Dezember 2022 – es war unser 73. Hochzeitstag – mit ins Grab gelegt. Nun liegt mir nur noch am Herzen, die von meinem Mann gesammelten Bücher und Broschüren aus den Geschehnissen ab 1945 in geeignete Hände zu geben.

Morgen (15. Februar 2023 – d. Red.) habe ich Gelegenheit, mit dem Rollator das Grab von Fritz zu besuchen und das Gedenken, die Grüße und Wünsche von Ihnen allen mitzunehmen.

Ich danke für Ihre Freundlichkeit.

Ursula Steinhaus

Getreu bis in den Tod

Gedenken an Fritz Steinhaus in einem bewegenden Brief von seiner Frau Ursula

Mein lieber Fritz, eigentlich wollten wir beide am 8. Dezember unseren 73. Hochzeitstag begehen. Ein Tag, den wohl nur selten ein Ehepaar erreicht. Doch dein Krankheitsverlauf hat es nicht mehr zugelassen. Den heutigen Tag begehen wir nun mit Betrübnis, es ist deine Beisetzung.

Kennengelernt haben wir beide uns ja schon im August 1948 nach einer schweren Zeit für dich, die sich wohl wie ein Brandzeichen in deinem Herzen festgesetzt hat, wie wir es in deiner letzten Lebensphase erkennen mussten. Selbst meine Hilfe und die der Ärzte hat da versagt. Erfüllt hat sich jedoch dein letzter Wunsch: später einmal vor mir zu sterben, weil du dich nicht allein dazu imstande fühltest, die Hinterlassenschaft in unserem gemeinsamen Interesse zu regeln.

Wir haben uns am 8. Dezember 1949 vor dem Traualtar der Marienkirche in Belzig als Spruch gewählt: Sei Getreu bis in den Tod. Diesen Spruch konnte ich dir nun erfüllen. Er war wohl auch Grundlage für unser langes, gemeinsames Leben mit unseren drei Söhnen Berndt, Andreas und Burghardt. Trotz krisenhafter Zeiten haben wir zu dir gehalten, und der, der über uns allen steht, hatte wohl das Einsehen, uns so lange als möglich zusammen zu lassen.

Deine Kraft hätte wohl noch ausgereicht, Bäume auszureißen, denn du konntest dich bis zum Schluss gegen die eintretende Situation wehren. Aber die fehlende Lebensqualität brachte wohl auch dein Herz zum Stillstand.

Deine hinterbliebene große Familie, unsere lieben Enkel und acht Urenkel wirst du wohl als eifriger Fahrradfahrer, Filme- und Bildermacher in Erinnerung behalten.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite unten

In deiner beruflichen Entwicklung hast du trotz vieler Hemmnisse beste Leistungen hinterlassen. Und wir selbst haben es beide sogar zum *Häusle-Bauer* geschafft.

Nun hast du aufgegeben. Deine Seele wird von unseren beiden Müttern und unseren Söhnen Berndt und Burghardt aufgefangen und gehütet, bis ich zu dir stoße.

Mein Leben geht nun auch dem Ende zu. Es hat sich aber unser Wunsch erfüllt „Sei getreu bis in den Tod." Wir haben alle Schwierigkeiten gemeinsam überwunden.

Ruhe in Frieden, bis wir beide wieder vereint sind.

Deine Ulli (Ursula Steinhaus)

Anm.: Das Buch „Verlorene Jugend. Verhaftet von NKWD und Stasi – ein Erlebnisbericht" von Fritz Steinhaus wurde 1999 / 2000 geschrieben und wurde 2018 veröffentlicht. Falls noch lieferbar, kannt es als Neu-Ausgabe im Buchhandel erworben werden. Ansonsten im Internet (z. B. bei Amazon oder Book on demand), als gebrauchtes Exemplar ist es unter der ISBN 3-96409-035-5 zu beziehen. Preis: 20 Euro, 172 Seiten.

Opferrente – was tun?

Eine weitere Lücke im System

Der Bericht von Ursula Steinhaus hat es einmal mehr aufgezeigt. Es besteht ein Problem bei der Vererbbarkeit der Opferrente. Wenn ein Paar über eine derart lange Zeit verheiratet war, sind die Lasten, die ein Haftaufenthalt und die Zeit danach (oft auch davor) verursacht hat, nicht nur für den Inhaftierten schwer gewesen, sondern für die Ehefrau und die gesamte Familie. Ein, zwei oder drei Kinder zu versorgen ist eine Herausforderung.

Wäre es also nicht gerecht und sinnvoll, der Witwe oder dem Witwer die Opferrente – zumindest einige Monate – weiterzuzahlen? Neben der Trauer um den verstorbenen Partner fallen oft genug Kosten an, mit denen man nicht gerechnet hat. Von den Rentenkassen gibt es kein *Sterbegeld* mehr, es wird über den Tod hinaus keine befristete Zahlung geleistet. Ein halbes Jahr Opferrenten- Nachzahlung könnte helfen. *V. Bosse / HD*

Ein bisschen Licht am Ende eines Tunnels

Nach langem Ringen wird der Beiratsposten in der Potsdamer Gedenkstätte besetzt

Lange schien es aussichtslos, doch nun ist es in trockenen Tüchern. Der heftig umstrittene Platz im Beirat der Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam ist nun vergeben. Und glücklicherweise nimmt diesen Platz auch jemand ein, der einen konkreten Bezug dazu hat. Es ist Jochen Stern, der vor mehr als sechs Jahrzehnten hier inhaftiert war und der bis heute – wie alle Häftlinge übrigens – das Hafttrauma mit sich herum trägt.

Dass nun, was ja naheliegend ist, endlich ein ehemaliger politischer Häftling im Beirat ist, sollte man nicht als Selbstverständlichkeit ansehen. Es gab ein Zerren und Ringen der unfeinen Art, das selbst in die Medien hinein schwappte und natürlich auch in der Fg analysiert wurde. Wären nicht die letzten Aufrechten und das Potsdamer Aufarbeitungsforum so standhaft gewesen, wer weiß was uns geblüht hätte. Daher bedanken sich alle, die in dieser üblen Stätte teils sehr lange, dafür unschuldig und unfreiwillig beherbergt wurden bei den beharrlichen Unterstützern der jetzigen Lösung. Neben dem vorgenannten FORUM setzten sich in vorderster Reihe die Bürgerrechter Manfred Kruczek, die ehemalige Leiterin der Potsdamer BStU-Stelle von Gisela Rüdiger, die Schriftstellerin Grit Poppe (aktuell bekannt: „Rabenkinder" – ein Aufarbeitungskrimi) – und insbesondere Stefan Krikowski von der Lagergemeinschaft Workuta/ GULag für eine akzeptable Lösung ein.

Nun darf man nicht vergessen, Jochen Stern wird 95 Jahre. Auch wenn er, was stark zu vermuten und ihm zu wünschen ist, 105 Jahre wird, wäre es angebracht, einen geeigneten Stellvertreter zu benennen, der auch irgendwann im Beirat die Nachfolge antreten kann. Ein Vorschlag wäre der Fg-Redakteur Richter-Kariger, der in der dortigen U-Haft elf Monate in Isolation zubrachte und 1983 zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde.

Hugo Diederich

Gartenschlägers Tod

Es fehlen noch immer Namen

Michael Gartenschlägers Tod liegt mittlerweile 47 Jahre zurück. Er starb 1976 – es ist dasselbe Jahr, in dem sich Oskar Brüsewitz aus Protest gegen das SED-Regime öffentlich mit Benzin übergoss und anzündete – und wird, was unseren Verband angeht, unvergessen bleiben. In der letzten Fg-Ausgabe berichteten wir, dass die Umstände seines Todes, vor allem die Namen der Täter, nicht aufgeklärt sind. Der Redakteur bekam daraufhin einen Hinweis unseres VOS- Mitglieds Gerhard Milde, dass die Namen bekannt seien und die Schützen jener Nacht im Jahr 2000 vor Gericht gestanden hätten. Das Landgericht Schwerin führte einen Prozess, der mit einem Freispruch endete. Am 24. März 2000, also vor 23 Jahren, berichteten die Medien sehr ausführlich über diesen Prozess und über Gartenschläger. Es wurden die Namen der Schützen und sogar ihre Fotos veröffentlicht. Der Fall ging danach bis zum BGH, wo der letzte Angeklagte 2006 freigesprochen wurde, da laut Argumentation der Verteidigung nicht ausgeschlossen werden konnte, dass Gartenschläger das Feuer als Erster eröffnet und die Angehörigen des Spezialkommandos in Notwehr gehandelt hätten. Im Übrigen war die Tat inzwischen verjährt und einer der hochrangigen Auftraggeber, ein Generalleutnant des MfS, verstorben. Vermutlich hatte der oberste Stasi-Chef selbst seine Hände im Spiel.

Die Annahme, dass damit alle Täter bekannt, wiewohl nicht bestraft, aber zumindest durch die Öffentlichkeit gezerrt seien, entspricht allerdings nicht der vollen Wahrheit. Es geht vielmehr darum, wer derjenige war, der Gartenschläger ans Messer geliefert hat. Die Informationen sind dürftig, und die Antwort wird immer wieder verdrängt. Es ist nicht auszuschließen, dass der Name dieses eigentlichen Täters aus naheliegendem Grund nicht freigegeben werden soll. Seitens der VOS finden dankenswerterweise jährlich Ende April zum Gedenken an Gartenschläger Wanderungen zu dem Ort seiner Erschießung statt. *ARK*

Der Oberbürgermeister sollte endlich Farbe bekennen

Geschichte kann nicht geleugnet werden. Oder gilt das nicht für Neubrandenburg?

Ich unterstütze das Anliegen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und zitiere die Passage von Jörg Plath, in stacheldraht Nr. 1/2023 „… *Inwiefern die Stadt Neubrandenburg ernsthaft an der Errichtung einer Gedenkstätte interessiert ist, ist fraglich. Seit Jahren stehen Pläne im Raum, auf dem Grundstück der ehemaligen U-Haft-Anstalt Wohnungen zu bauen. Zurzeit laufen Verhandlungen zwischen der Stadt Neubrandenburg und dem Land Mecklenburg- Vorpommern über den Ankauf des Geländes. Das Land M-V will Wohnbebauung mit Sonderkonditionen für den Ankauf des Grundstückes fördern. Auf Nachfrage erklärte Oberbürgermeister Silvio Witt, dass mit den Verhandlungen keine Vorfestlegung für eine Wohnbebauung verbunden sei. Interessant ist in diesem Zusammenhang allerdings eine weitere Aussage Witts auf dem Tag der offenen Tür. Er sagte „Wir reden immer nur von entweder oder, aber es ist auch möglich, eine kleine Begegnungsstätte in einem der Gebäude zu erhalten und den Rest für Wohnungsbau zu nutzen.“*

Wie ist vor diesem Hintergrund das fünfjährige Moratorium der Stadtvertretung vom 15. Dezember 2022 zu sehen? Haben AfD, B90/Grüne und SPD jetzt der Stadtverwaltung eine fünfjährige Bauverzögerung verschafft? Das knappe Ergebnis zum fünfjährigen Moratorium zur MfS-Haftanstalt spiegelt zum wiederholten Mal wider, dass es keinen ernstzunehmenden politischen Willen in Neubrandenburg gibt, sich mit der DDR-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Dabei waren die MfS-Gefängnisse in der DDR Leidensorte von in Stein gehauener Ideologie. Sie dienten der Stabilisierung des DDR-Regimes. Erst durch das permanente Engagement der Vereinigung der Opfer des Stalinismus wird darüber in Neubrandenburg diskutiert. Eine Kommunikation zwischen der VOS und den Vertretern der Stadt Neubrandenburg fand seit drei Jahrzehnten in Neubrandenburg nicht statt. Auch heute ist nicht wahrzunehmen, dass an einem Gedenkstättenkonzept für die Stasi-Haftanstalt Neubrandenburg gearbeitet wird. Will Oberbürgermeister Silvio Witt, die Opferverbände außen vorlassen oder warum tritt man nicht mit den Spitzen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in einen sachlichen Dialog? Wie will die Stadt Neubrandenburg das den kommenden Generationen erklären, vor allem dann, wenn vieles verschwunden ist? Wie will die Stadt Neubrandenburg den kritischen Umgang mit der DDR-Diktatur pflegen, wenn es bis heute keinen Ort des Gedenkens für die Opfer des SED-Regimes in Neubrandenburg gibt? Will Herr Witt dies ohne die Opferverbände diskutieren, oder erarbeitet man das Gedenkstättenkonzept ohne jede Beteiligung von SED-Opfern? Das permanente Neubrandenburger Schweigen, wird durch das Schweigen aller politischen Parteien aus der Landesregierung Mecklenburg- Vorpommerns unterstützt. Daher kann ich den inhaltsleeren Reden keinen Glauben mehr schenken.

P. Lohmann (Neubrandenburg)

Blähblase oder wichtiges Forum?

Wird sich der Bundestag nun „gesundschrumpfen“ oder nimmt er sich selbst sein markantes Charisma?

Der Deutsche Bundestag ist mit seinen 736 Abgeordneten inzwischen das zweitgrößte Regierungsorgan der Länder dieser Erde. Er wird lediglich von Chinas Volkskongress übertroffen. Der allerdings hat rund gerechnet die vierfache Zahl an „Delegierten“, und er würde, wäre er ein Organ, das demokratisch zustande käme, eine weit größere Mehrheit repräsentieren als das oberste deutsche Parlament.

Die Freiheitsglocke hat (auch durch Äußerungen von Mitgliedern) mehrfach auf das eigentlich ungünstige Erscheinungsbild des Bundestags hingewiesen, zumal die Anzahl der ihm zugehörenden Politikerinnen und Politiker stetig und im unwidersprochenen Selbstverständnis anwuchs. Nun wird diskutiert, ob er – sollte das BVG dem am 17. März 2023 mit den Stimmen der „Ampel“ gefassten Beschluss zustimmen – an Volksnähe verliert oder ob es die Möglichkeit eröffnet, sachlicher und kostenfreundlicher zu wirken. Dass sich Die Linke in dieser Frage am heftigsten beschwerte, hat – zumindest in den Reihen der SED-Opfer – weder Mitleid noch Verständnis erzeugt. Nach dem Rückzug von Wagenknecht war eh abzusehen, dass die Fünf-Prozent-Hürde nicht mehr zu überschreiten ist. Und nach Ansicht der ehemaligen politischen Häftlinge hat die linke Gruppierung gar nichts in einem demokratisch agierenden Parlament zu suchen. Die jüngste Erfahrung durften die Opfer mit den Antworten auf die Wahlprüfsteine machen, der zufolge die Besondere Zuwendung nicht erhöht werden dürfe. *B. Thonn*

Gedenken zum Volksaufstand

Erfurt und Arnstadt

Gedenken im Bundesland Thüringen

Am 17. Juni findet um 10.00 Uhr in Erfurt die zentrale Thüringer Gedenkveranstaltung der VOS-Landesgruppe Thüringen in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Andreasstraße vor dem dortigen Eingang statt.

Im Anschluss beginnt um 14.00 Uhr in Arnstadt an der Gedenkstele in der Rosenstraße eine Veranstaltung, zu der die VOS gemeinsam mit der Stadt Arnstadt zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Aufstandes vom Juni 1953 einlädt. Teilnehmende sind die Landrätin Frau Petra Enders, der Altlandrat des Ilm-Kreises Dr. Lutz Senglaub, Bürgermeister Frank Spilling, der Beigeordnete Michael Seeber sowie Erika Korn von der VOS, die die Veranstaltung eröffnen wird. Die Gedenkrede wird Altlandrat Dr. Lutz Senglaub halten. Eingeladen sind vor allem die letzten noch lebenden Opfer der DDR-Diktatur, alle weiteren Vertreter aus Politik und Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Erika Korn, Gisela Meyer, Angelika Stiel

Nähere Informationen gibt es bei der Landesgruppe der VOS in Thüringen sowie bei der Bundesgeschäftsstelle der VOS Berlin (Tel.-Nr.: Rückseite).

Vor der schwarzen Wand ging ein einzelner Mann: Paul Othma

Der legendäre „Löwe von Bitterfeld“ war der Motor und Anführer der Streikenden im Juni 1953

Im Spätsommer 1962 wurde ich von Leipzig ins berüchtigte Zuchthaus Waldheim im Kreis Döbeln verbracht. In dieser von Kurfürst August dem Starken 1716 errichteten Strafanstalt waren bereits im 19. Jahrhundert Aufständische der gescheiterten Revolution von 1848/49 eingesperrt worden, unter ihnen der Leipziger Schriftsteller Theodor Oelckers (1816 bis 1869) und August Röckel (1814 bis 1876), Musikdirektor am Dresdner Hof, Jahre später auch, in den Jahren 1870/74, der Lehrer Karl May (1842 bis 1912), der später als phantasievoller Schriftsteller berühmt werden sollte.

Schon in den ersten Tagen, als ich meine Arbeit im Prüffeld des Elektromotorenwerks Hartha, das im Zuchthaus eine Zweigstelle betrieb, aufgenommen hatte, hörte ich vom Schicksal des einstigen Bitterfelder Streikführers Paul Othma (1905 bis 1969), der wegen „Boykotthetze“ nach Paragraf 6 der DDR-Verfassung am 8. November 1953 vom Bezirksgericht Halle zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Als ich ihn kennen lernte, war er 56 Jahre alt und ich 25. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass er schon in dem Jahr verhaftet worden war, als ich, 16 Jahre alt, noch Schüler am Gymnasium Casimirianum in Coburg, der am 17./18. Juni 1953 in Rodach an der thüringischen Grenze am Radio saß und mit Herzklopfen den Reportagen über den Aufstand lauschte.

Eines Tages stand er vor mir, den wir Gefangenen, seiner schlohweißen Haarmähne wegen, den „Löwen von Bitterfeld“ nannten. Ich reinigte gerade am Waschbecken im ersten Stock den blechernen Kaffeekübel für meine Mannschaft. Er war aus der Wickelei im zweiten Stock heruntergekommen und sah mir wortlos zu. Er war verschlossen und sprach nicht gern über sich. Alles, was ich über ihn weiß, habe ich von Mitgefangenen erfahren.

Er stammte nicht aus der preußischen Provinz Sachsen, sondern wurde 1905 in Radzionkau (polnisch: Radzionków im Kreis Tarnowitz/ Oberschlesien geboren und war mit seinen Eltern nach dem Ersten Weltkrieg ins mitteldeutsche Industrierevier gekommen, wo er das Elektrohandwerk erlernte und von 1921 bis 1941 im Elektrowerk Bitterfeld und danach in den Dessauer Junkerswerken arbeitete. Seit März 1953 war er im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld als Elektromonteur tätig.

1953: Jene Tage im Juni

Als in den Abendstunden des 16. Juni 1953 die ersten Gerüchte über die Arbeitsniederlegungen der Bauarbeiter in der Ostberliner Stalinallee die Industriestadt Bitterfeld erreichten, schaltete Paul Othma den Westberliner „Hetzsender“ RIAS ein, denn im DDR-Rundfunk wurde über diesen aus SED-Sicht ungeheuerlichen Vorgang, dass Arbeiter gegen eine *Arbeiterregierung* streikten, nicht berichtet. Am nächsten Morgen erstieg er auf dem Gelände des Kombinats das Führerhaus eines Lastkraftwagens und erklärte sich und die 13.000 Kollegen im Elektrochemischen Kombinat für solidarisch mit den Forderungen der Ostberliner Bauarbeiter.

Für die wenigen Stunden vor dem Ausnahmezustand herrschten in Bitterfeld die Arbeiter, die sich gegen die SED-Diktatur erhoben.

Danach rief er zur Demonstration in die Innenstadt auf. Der später in die Streikleitung gewählte Wilhelm Fiebelkorn, Lehrer für Mathematik und Physik an der Comenius-Oberschule, stand am Straßenrand und sah den Zug der 11.000 Demonstranten herankommen. Jahre später, nachdem er vor der drohenden Verhaftung nach Westberlin geflüchtet war, hat er darüber geschrieben: „Dann aber, es war gegen 9.30 Uhr, schob sich eine schwarze Wand wogend vorwärts über die Bahnüberführung dicht an unserer Schule. Die Arbeiter kamen! Vor Erregung schlug mein Herz bis zum Hals. Ich sah, dass all diese Menschen sich gegenseitig untergehakt hatten. Ein jeder zog und schob jeden. Die Führung, die Masse machte sie stark und mutig. Vor der schwarzen Menschenmasse ging ein einzelner Mann: Paul Othma.“

Es war ein riesiger Demonstrationszug, der die Streikenden des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld, der Farbenfabrik Wolfen und der Filmfabrik Wolfen miteinander vereinigte. Es waren schließlich 30.000 Arbeiter, die gegen 11 Uhr auf der Binnengärtenwiese (Platz der Jugend) eintrafen.

Als Paul Othma zu den Versammelten sprach, konnte er eine Lautsprecheranlage, die an den Stadtfunk angeschlossen war, benutzen: „Liebe Freunde, wenn ich heute eure strahlenden Gesichter sehe, dann möchte ich euch am liebsten umarmen und an mein Herz drücken. Der Tag der Befreiung ist da, die Regierung ist weg, die Tyrannei hat ein Ende.“

Nach ihm trat Wilhelm Fiebelkorn ans Mikrofon und verkündete die Forderungen der Aufständischen, darunter auch: „Rücktritt der Ulbricht-Regierung.“

Für wenige Stunden, bevor am frühen Nachmittag der Ausnahmezustand verhängt wurde, herrschten in Bitterfeld die revolutionären Arbeiter, die sich gegen die SED-Diktatur erhoben hatten. Als die Streikleitung im Bitterfelder Rathaus über das weitere Vorgehen beriet, war das Schicksal des Aufstands längst entschieden. Als gegen 16 Uhr bekannt wurde, dass Panzer der russischen Besatzungsmacht auf Bitterfeld zurollten, wurde die Versammlung aufgelöst.

An diesem Abend ging Paul Othma, der ahnte, was ihm bevorstand nicht nach Hause zu seiner Frau Hedwig, sondern er versteckte sich bei seinen Eltern. Nach Mitternacht klopfte er bei seiner Frau an das Fernster.

→ nächste Seite oben

→ *von voriger Seite*

Er erklärte ihr flüsternd, dass ihn Freunde zu seinem Bruder nach Rudolstadt in Thüringen bringen wollten, von wo aus er über die grüne Grenze nach Bayern fliehen wollte. Die geplante Flucht war aber verraten worden, in der Nähe der Stadt Delitzsch wurde Paul Othma am 20. Juli 1953 von der Volkspolizei festgenommen und der Staatssicherheit übergeben.

Nun begannen in der Bezirkshauptstadt Halle wochenlange Verhöre, in denen, freilich ohne Erfolg, versucht wurde, aus dem Arbeiterführer Paul Othma einen politischen Verbrecher zu machen, der durch eine Konterrevolution den SED-Staat hatte beseitigen wollen. Nachdem man ihn vor Gericht gestellt hatte, wurde er in der Urteilsbegründung deshalb als „Feind unserer demokratischen Ordnung“ bezeichnet.

Dass er seiner Überzeugung, als gewählter Arbeitervertreter nur seine Pflicht getan zu haben, während der Haftjahre treu blieb, zeigt, dass er im Zuchthaus Waldheim ständig zu Gesprächen mit der Anstaltsleitung vorgeladen wurde, wo man ihm versprach, er könnte sofort entlassen werden, wenn er seine Überzeugung widerriefe und eingestehe, am 17. Juni 1953 schwere Verbrechen begangen zu haben. Da er nicht widerrief und nichts eingestand, blieb er ein „Staatsverbrecher“ und musste die zwölf Haftjahre fast vollständig absitzen.

Die Begründung der Staatsanwaltschaft Halle gegenüber Hedwig Othma, die mehrere Gnadengesuche eingereicht hatte, war immer, dass der „Umerziehungsprozess nicht abgeschlossen“ wäre. Noch am 21. Juli 1964 schrieb ihr das Bezirksgericht Halle, dass die „volle Strafverbüßung erforderlich“ wäre.

Vier Wochen später, am 21. August 1964, schrieb ihr dasselbe Gericht, dass der „Verurteilte … entsprechende Lehren aus seinem strafbaren Verhalten gezogen“ hätte und deshalb das „Erziehungsziel … als erreicht anzusehen“ wäre.

In Wirklichkeit war Paul Othma an Leberzirrhose erkrankt, und die DDR-Justiz wollte auf keinen Fall, dass er im Zuchthaus stürbe. Was er bis zu seinem Tod am 20. Juni 1969 nicht erfuhr, war, dass er von der Bundesregierung in die Freikaufaktion politischer Häftlinge im Sommer 1964 einbezogen, aber am 1. September 1964 nach Bitterfeld entlassen wurde.

Als zum 50. Jahrestag des 17. Juni 2003 in mehreren DDR-Städten, so auch in Bitterfeld, Ausstellungen stattfanden, besuchte ich Hedwig Othma in Sandersdorf. Sie erzählte mir, dass ihr Ehemann die DDR hätte verlassen wollen, was ihm aber von den Behörden verwehrt worden wäre, offensichtlich wusste er zu viel über den Aufstand in Bitterfeld und seine Niederschlagung.

Als Paul Othma 1969 gestorben und sie mit 60 Jahren Rentnerin geworden war, zog sie zu ihrer Schwester nach Sendenhorst bei Münster und blieb dort bis zum Mauerfall 1989, wobei sie vermied, der Westpresse Interviews zu geben, weil sie befürchtete, danach nicht mehr nach Bitterfeld zurückkehrten zu dürfen.

Nach dem Untergang des SED-Staates zog sie wieder nach Sandersdorf, um Pauls Grab zu pflegen.

Heute wird Paul Othma in seiner Heimatstadt geehrt. Am 17. Juni 1999 stand er im Mittelpunkt einer Veranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung im Walther-Rathenau-Gymnasium, am 17. Juni 2003 enthüllte Hedwig Othma am Bitterfelder Rathaus eine Gedenktafel für ihren verstorben Mann, und das Sport- und Gemeindezentrum in Sandersdorf wurde in „Paul-Othma-Haus“ umbenannt.

Das traurige Schicksal des Bitterfelder Streikführers Paul Othma steht gleichnishaft für den Untergang der deutschen Arbeiterbewegung im SED-Machtbereich. Bis 1933 hatte diese starke politische Kraft ihre Hochburgen in Erfurt, Halle, Leipzig und Magdeburg. Hier waren auch die Pläne für eine Zukunft ohne die Kommunisten am weitesten fortgeschritten. Nach der Niederschlagung des Aufstands wurde die Geschichte im SED-Sinn umgeschrieben.

Im siebten Band der von Walter Ulbricht überwachten „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (Ostberlin 1966) wird der Arbeiteraufstand unter der Überschrift „Das Scheitern des konterrevolutionären Putschversuchs gegen die Arbeiter- und Bauernmacht am 17. Juni 1953“ auf 24 Seiten abgehandelt. Geboten wird dem Leser eine unsägliche Ansammlung von Schlagworten ohne jede Beweiskraft. Die Namen der Streikführer werden nirgendwo erwähnt.

Jörg Bernhard Bilke

Bestandsaufnahme

Unterstützung für die Schaffung einer Gedenkstätte in Neubrandenburg?

Damit sich auch künftig junge Menschen für die Gedenkstätten im Land Mecklenburg- Vorpommern und deren Botschaften interessieren, soll deren Arbeit stärker unterstützt werden. Dazu möchte die Landesregierung die Gedenkstättenarbeit stärken. Eine neue Kommission soll zunächst den Bestand aufnehmen und dann bis Ende April 2023 Empfehlungen vorlegen, wie Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) am 20. Januar 2023 mitteilte.

Der Kommission gehören drei Expert*innen an: die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna Kaminsky, der Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Uwe Neumärker, und der Vorstand der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, Jan Holze. Die Bedeutung der Gedenkstättenarbeit wird in Zukunft noch zunehmen, da es immer weniger Zeitzeugen gibt. Gedenkstätten sind nicht nur Orte der historischen Erinnerung, sondern auch der politischen Bildung.

Aus diesem Grund wandte sich unser Vereinsmitglied André Rohloff an Anna Kaminsky, Uwe Neumärker, Jan Holze und bat die MfS-UHA-Neubrandenburg dabei zu berücksichtigen. Jan Holze sagte seine Unterstützung zu, von den anderen steht zum jetzigen Zeitpunkt eine Antwort noch aus.

Bekommt damit die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit Neubrandenburg endlich die ihr zustehende Aufmerksamkeit und wird zum Denkmal erklärt? *Silvio Blum*

Das hatte mal ein sozialistisches Gesicht

Die DDR und der Frauentag

Vor mehr als 100 Jahren kam die Kommunistin Clara Zetkin auf einer linken Frauenkonferenz in Kopenhagen auf die Idee, einen Frauentag einzuführen. Die Idee und das Ziel waren sicher nicht unberechtigt. Leider wurde beides von Lenin in Russland aufgegriffen und durch den Anteil der russischen Frauen an der Revolution begründet. Der Diktator ernannte den 8. März zum Internationalen Frauentag. In den ehemaligen Sowjetrepubliken ist dieser Tag noch heute arbeitsfrei. Ebenso bei uns in Bundesländern mit rot-roten Landesregierungen. Dies sind Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Man ahnt schon, dass die kommunistische Tradition hier eine Rolle spielt …

Wer diesen Tag feiert bzw. die Frauen ehrt und fördert, der kaschiert damit auch indirekt die Ermordung der zaristischen Familie und die Errichtung der kommunistischen Terrorherrschaft, er oder sie missachtet das Leid der Frauen, die sich in der DDR gegen das kommunistische, diktatorische System wandten und denen daraufhin die Kinder weggenommen wurden. Kinder in Heime, Frauen in Gefängnisse, Frauen die in Sibirien Zwangsarbeit leisten mussten, Frauen die nach dem Einmarsch der Roten Armee vergewaltigt wurden.

Die LINKE nutzt diesen Tag, um Frauen für ihr politisches Spiel zu missbrauchen. Wer diesen Tag feiert, mag sicher für bessere Rechte von Frauen eintreten. Wir denken an Afghanistan, Iran, Nordkorea und andere. Selbst in der deutschen Demokratie werden Frauen benachteiligt. Man muss darauf hinweisen. Allerdings stellt sich die Frage, ob dieser 8. März, an dem in der DDR auch Frauen zu leiden hatten, das richtige Datum ist. Stellvertretend sei an die Zehntausenden inhaftierten Frauen im Gefängnis Hoheneck erinnert und an die Mütter, deren Kinder in der DDR zur Zwangsadoption freigegeben worden sind und die ihre Kinder bis heute noch suchen.

André Rohloff, V. Bosse

k u r z k o l u m n e

Eine Belastungsprobe für die Demokratie?

Wie soll man auf die Wagenknecht-Initiative reagieren?

Anlässlich des ersten Jahrestages des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine fanden am 24. Februar deutschlandweit Demonstrationen statt. Es gab die Menschen, die der Kriegsopfer gedachten und sich mit der Ukraine solidarisch zeigten. Anderswo sah man Russlandfahnen neben Friedenstauben. Muss man diese irrsinnige Kombination respektieren oder sollte man solche Demonstrationen nicht untersagen, um die Würde der Kriegsopfer zu wahren? Die Antwort muss lauten: Auf keinen Fall! Gerade mit Blick auf die postsowjetische Putin-Diktatur, wo Kritiker inhaftiert werden, sollten wir stolz sein auf eine Demokratie, die nicht ängstlich reagiert, sondern stark ist und unterschiedliche Meinungen zulässt. Zur Freiheit gehört auch, gegen die Feinde der Freiheit auf die Straße zu gehen oder mahnend zu schweigen.

André Rohloff

Eine neue Partei?

Wagenknecht und Schwarzer?

Um eine Partei zu gründen, braucht es in Deutschland ein politisches Programm und drei Personen. Mit Wagenknecht und Schwarzer wären bereits zwei Drittel erfüllt. Wer könnte das Trio vollenden? Hatte sich nicht Herr Crupalla öffentlich für eine „Übernahme“ von Frau Wagenknecht angeboten? Oder wie wäre es mit Herrn Höcke? Ansonsten könnte man Herrn Kalbitz, der offenbar keiner Partei mehr angehört, ansprechen? Das oft zitierte rechts-links-Hufeisen würde sich schließen, es wäre die perfekte Sensation. Bliebe lediglich die Frage des Parteiprogramms.

Aber ist das nicht nebensächlich? Geht es nicht vielmehr darum, die Aufmerksamkeit der Medien zu wecken und dicke Schlagzeilen zu machen? Egal, dass man die Parteienlandschaft weiter beschädigt und die Wähler zunehmend in die Irre führt? *B. Thonn*

Russlands Gesicht

Erodiert die Gesellschaft?

Immer wieder hört man die Propaganda über die Situation der Ukraine. Muss sie untergehen? Und wie will Russland diesen Krieg dauerhaft finanzieren? Die Kriegskosten werden steigen, was die Haushaltsausgaben dramatisch in die Höhe treiben wird. Dies wird für Unruhe in der russischen Bevölkerung sorgen, wenn eine Umstellung auf eine Kriegswirtschaft mit Budgetkürzungen im Bildungs- oder Sozialbereich käme. Bisher ist es dem Kreml gelungen, Wohlstandsverluste als Folge der Aggression des Westens umzudeuten. In der Propaganda des Kreml ist Russland das unschuldige Opfer mächtiger westlicher Akteure. Dieses Narrativ appelliert an die Stärke des russischen Individuums, dem feindlichen westlichen Druck standzuhalten. Gleichzeitig weitete der russische Staat die Ausgaben im sozialen Bereich im Jahr 2022 deutlich aus, zum Beispiel indem die Renten und der Mindestlohn stark erhöht wurden. Die Meinungsfreiheit in Russland wurde mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine de facto abgeschafft. Im Index der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen rangiert Russland auf Platz 155. Acht Tage nach Kriegsbeginn wurde ein Gesetz erlassen, das für Kritik am russischen Militär Geldbußen und Haftstrafen von bis zu 15 Jahren androht. Unabhängige Medien wurden verboten oder als „ausländische Agenten” eingestuft. Ebenso erging es zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Meinungsforschungsinstitut Levada-Zentrum, dem Moskauer Sacharow-Zentrum oder der Helsinki-Gruppe, der ältesten russischen Menschenrechtsorganisation. Oppositionelle und kreml- kritische Industrielle verschwanden, wurden unter fadenscheinigen Begründungen verhaftet oder stürzten auf mysteriöse Weise aus Fenstern in den Tod. Selbst einfache Bürger, die sich kritisch äußern, werden angegriffen, eingeschüchtert oder öffentlich angeprangert. Immer mehr intelligente russische Bürger verlassen das Land, und Männer entziehen sich dem Kriegsdienst.

LoPa (gekürzt aus Platzgründen)

Ein eisiges, herzloses Land voller Tricks und Hinterhältigkeiten

Warum die Literatur zur Zeitgeschichte – besonders die der DDR – so lesenswert sein kann

Dieter Drescher: Eisige Zone – meine seltsame Karriere als „extremer“ Staatsfeind. Berlin 2023

Im Jahre 2021 nahm ich die Gelegenheit wahr, ein Manuskript zu lesen, das mich sogleich elektrisierte. Selten hatte ich bis dahin etwas derart Anschauliches gelesen, wie in einem DDR-Menschen langsam aber sicher Zweifel an einem alles beherrschenden Dogma, Sozialismus genannt, nagen können. Bis zum Entschluss zur Flucht aus dem System.

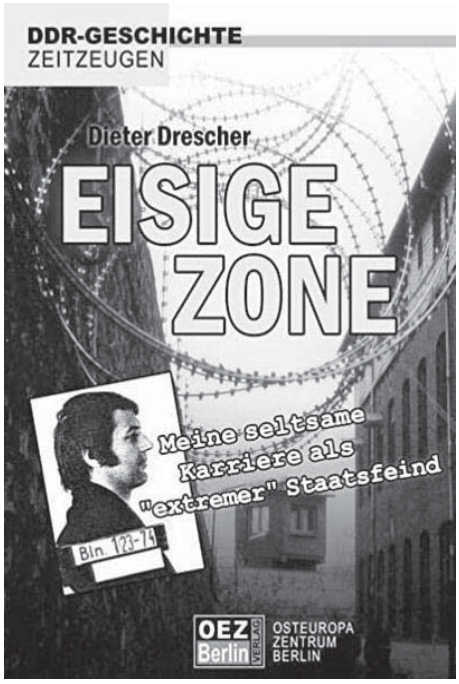
„Eisige Zone“ sollte das Werk heißen. Angefüllt mit Erlebnissen, Beobachtungen und Ereignissen aus zwei Diktaturen – vom Kriegsende über die SBZ bis zur DDR. Es wäre sicher wert, daraus ein gedrucktes Buch zu machen, fand ich. Frau Margarita Stein, Leiterin des Osteuropa Zentrum Berlin-Verlages (OEZ B), interessierte sich nicht nur für das vielschichtige Buch-Projekt, sondern entschloss sich auch, „Eisige Zone“ in ihr Verlagsprogramm aufzunehmen. OEZ B hat sich seit 2007 als Plattform zu Themen der Zeitgeschichte und Politik in den Staaten Ost- und Südosteuropas sowie zur deutschen Nachkriegsgeschichte einen Namen gemacht.

Jetzt liegt das Buch voller lebensnaher Geschichten erfreulicherweise vor. 600 Seiten stark. Doch wer vermutet, der Lesestoff reiche vielleicht für einige entspannende Leseabende, sieht sich getäuscht. Denn das Buch hält teilweise Geschichten bereit, das man neuhochdeutsch als *hardcore* bezeichnen kann. Da ist entschleunigtes Lesen ratsam.

Schon die ersten fünf Geschichten haben es in sich: Sie sind einfach haarsträubend. Wer vernimmt, wie die zwei kleinen Kinder des Ehepaares, das gerade verhaftet wird, im wahrsten Sinne aus den Armen der Mutter gerissen werden, kann nur mit Empörung reagieren. Doch hat der Autor an dieser Stelle listigerweise eine „Emotionsbremse“ eingebaut: Er eröffnet einen zweiten Erzählstrang, mit dem die persönliche Entwicklung des Protagonisten in einer Reihe immer neuer Storys begleitet wird. Vom Aufwachsen in der erzgebirgischen Provinz über die Leiden der Nachkriegszeit bis zum Erwachsenwerden mit Familie und Beruf. Im ständigen Wechsel zu diesem familiär bestimmten Erzählstrang wird die erste, mit der Verhaftung oben angedeutete Geschichte fortgesetzt:

Lese
=
Zeit
Bücher in der Fg

Der Leser findet sich mitten in der Stasi-Untersuchungshaft (Berlin-Hohenschönhausen) wieder: Diese ist „toxisches Gebiet“. Hier entscheiden die Vernehmer mit ihren Fragetricks, falschen Versprechungen und Täuschungen, wie hoch das Urteil des Ehepaars, das sich eigentlich nur wegen versuchter Flucht zu verantworten hat, getrieben werden kann.



Und sie geben sich alle Mühe. Dass die Beschuldigten ihre Fluchtabsichten zugeben – das reicht den MfS-Bütteln nicht für einen „umfassenden Geständnis-Erfolg“. Da muss mehr heraus gekitzelt werden: Spionage etwa, Sabotage, staatsfeindliche Hetze, Verbindungsaufnahme zu antisozialistischen Organisationen und Menschenhändlerbanden. Immer neue Verdächtigungen und Aufforderungen zu gestehen, prasseln auf das Ehepaar, speziell den Autor, nieder. Dazu, und das ist aus Sicht der Stasi das Schlimmste, bekennen sich beide unbeirrt zu einem freien, selbstbestimmten Leben, jenseits aller Zwänge, die beide aus der DDR zur Genüge kennen. Nichts aber kann dem Paar „angehängt“ werden. Stattdessen sinnt das das Vernehmerteam auf Rache und stempelt speziell den Autor zu einem Schädling, der als „ideologisch extrem feindlich“ zu betrachten und zu behandeln ist. Das eröffnet genug Strafzumessungs-Raum für den Richter. Davon erfährt der Protagonist keine Silbe. Erst die Gauck-Akten klären auf. Was sie nicht erklären, sind die rätselhaften Vorgänge um die eingangs genannten, geraubten Kinder. Sie lasten über der gesamten mehrjährigen Haftzeit und lösen sich auch mit dem Freikauf der Eltern nicht auf. Die verantwortliche Stasi hält die anfangs zugesagte Übergabe an die Eltern in ständiger Schwebe. Kinderheim, Zwangsadoption, Pflege bei Pflegeeltern, mögliche erneute Wegnahme – viel Unentschiedenes strapaziert die Nerven aller Beteiligten. Als eine Übergabe nach einem halben Jahr Wartens plötzlich möglich wird und er pünktlich an der Staatsgrenze bereitsteht, überkommt den Autor in jenen Minuten eine furchtbare Ahnung: Alles Bluff! Spontan zerschlägt der Autor den gordischen Knoten – entgegen allen Regeln und Vorschriften.

Diese und viele andere spannende (auch aus der Haftanstalt Cottbus) Geschichten zu lesen, finde ich auch jetzt noch, nachdem ich den „Wälzer“ zum zweiten Mal in die Hand genommen habe, für jeden, dem geschichtliche Wahrheit etwas bedeutet, als wertvoll.

Es war nicht alles schlecht in der DDR? Stimmt. Aber auch nicht gut. *Bernd Lippmann*

Von dem Staat, der seine Bürger selbst zu Feinden machte

Der Roman eines Lebens in Details und Bezügen zu einer befremdenden Gesellschaft

Jürgen Ritzschke: **W. H. und die roten Teufel**. Ein Tatsachenroman. Aachen 2022, 430 S., 20 Euro

Das Buch, um das es hier geht, musste gut ein Jahr warten, ehe es nun in die Freiheitsglocke darf. Diese Wartezeit hat sowohl mit der Thematik wie auch mit dem Umfang zu tun. Der Autor breitet auf etwa 400 Seiten ein persönliches Schicksal aus, das eng verbunden mit den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR ist und unwissentlich für den Handlungshelden durch die in jener Gesellschaft herrschenden dunklen Mächte bestimmt wird. Dabei ist die Wahl des Begriffs *dunkle Mächte* zutreffend wie selten, zumal es für dunkel keine Steigerung gibt.

Was geht also in dem Buch vor? Jürgen Ritzschke als Autor schildert das Leben eines späten Freundes mit Namen Werner Hänsgen. Er tut das mit erstaunlicher Nähe, auf dass man immer wieder zu glauben versucht ist, beide seien identisch. Dies mag jedoch dahingestellt bleiben. Was zählt, ist die Beschreibung eines Staates (und deren Menschen), der gerade im Nachhinein – vor allem nach Einsicht der MfS-Akten – unwirklich und eigentlich unmöglich anmutet. Es sei denn, man selbst hat die Erfahrungen SBZ und DDR gemacht, so wie es bei Werner Hänsgen geschehen ist. Hänsgen, der bereits als Kind ein guter Beobachter seiner Umgebung ist, der Fragen stellt, aber auch vieles als gegeben hinnimmt, durchläuft die Phasen, die das Wesen und die Erscheinungsformen jener DDR prägen. Er ist zudem geschickt, lernfähig und weiß seine Fähigkeiten bewusst zum eigenen Vorteil einzusetzen. Er hätte in der DDR ein loyaler, unauffälliger, erfolgreicher, vor allem nützlicher Bürger werden können. Dass er es nicht wurde, hat er nicht mal sich selbst zuzuschreiben, sondern dem System, das ihn blind und in seiner typischen Art kategorisch abstieß.

Nun der Reihe nach. Hänsgen wird noch während des Zweiten Weltkrieges geboren, seine Wahrnehmungen beginnen in der Vorgründungszeit der DDR. Ihn umgibt in der nicht näher bezeichneten Kleinstadt zunächst eine gewisse soziale Gleichheit der Menschen. Er erfährt von Schiebern, von Staatsfeinden, von familiären Vorgängen und Verwandten, von Nachbarn, ohne sie sich nach der Logik der Erwachsenen zu erschließen. Er tritt ein ins Schulleben und lernt nach und nach die politischen Zwänge und die Grenzen des Handelns kennen. Es sind gute (teils sehr gute) Beschreibungen, die diese damalige Gesellschaft besser erklären und beleuchten, als es die vermeintlich großen, die verwöhnten Autorinnen und Autoren sozialistischer Prägung taten. Bis in die Zeit, da dieses Buch entstanden ist, halten die präzisen Bilder an, werden auch die Sicht und die kindliche Logik nicht verändert. Selbst als der Vater den Sohn wegen eines lächerlichen Delikts vorsätzlich mit dem Gürtel züchtigt, widerspricht der nunmehr aufgeklärte Erwachsene nicht.

Dem Leser kommt die Detailversessenheit zugute. Da ist einem durchaus manche Erinnerung verschüttet gewesen, die der Autor aufdeckt, wenn auch mit dem Fortgang der Schilderung durch die Vielzahl von Namen und Einzelheiten das Rückblättern zuweilen erforderlich ist. Die Eckpunkte jedoch bleiben sichtbar. Ein solcher ist der Eintritt des bis dahin kaum politische in Erscheinung getretenen Vaters in die SED, wo die Mutter dem erstaunten Sohn unmissverständlich erklärt, der Vater habe dies nur getan, um dem Sohn die Delegierung auf die Erweiterte Oberschule zu ermöglichen.

Ein markanter Schritt in der beruflichen Entwicklung Hänsgens ist dann die Entscheidung, zum Wachregiment in Berlin zu gehen, um sich später ein ansonsten schwer erreichbares Jurastudium zu ermöglichen. Zum Abschluss der vier Dienstjahre kommt es nicht. Lange vor deren Ablauf gibt Hänsgen verzweifelt und machtlos auf. Er wurde bespitzelt, und das noch nicht mal im üblichen Sinn, sondern es gibt in seiner unmittelbaren Umgebung einen gleichrangigen Soldaten, der Hängen schlicht nicht mag. Er ist ein IM und erfindet in seinen zahlreichen Berichten die abstrusesten Lügen, in denen er Hänsgen in krankhafter Besessenheit als staatsfeindliches und moralisch verworfenes Element darstellt. Hänsgen weiß von all dem nichts. Dass er im Dienst benachteiligt und immer weiter vom regulären Ablauf abgedrängt und ausgeschlossen wird, kann er sich nicht erklären. Er sieht irgendwann keine andere Lösung, als aus dem Trupp des Wachbataillons auszuscheiden und seine berufliche Laufbahn im zivilen Sektor fortzusetzen.

Wem er den Bruch in seinem Leben zu verdanken hat, kann er erst nach dem Mauerfall aus den Stasi-Akten erfahren. Er hat in den nachfolgenden DDR-Jahren weitere Spitzeleien zu beklagen, und selbst als er – nach dem Freikauf aus der Cottbuser Haft – in den Westen ausgereist ist, stellt ihm das Organ Stasi immer noch nach.

Am Ende bleibt die Frage, ist W. H. der tragische Held, der durch die Missgunst anderer Menschen in das falsche Leben gedrängt wurde? Er selbst scheint sich oft genug als ein solcher zu sehen. Aber sollte er sich nicht besser glücklich schätzen, auf niederträchtige Art gemobbt worden zu sein? Immerhin hat sich Hänsgen nach der Übersiedlung ein Leben in Freiheit und Wohlstand eingerichtet. Mag sein, es gab Komplikationen und Misserfolge, unterm Strich muss aber die Frage erlaubt sein: Wäre aus ihm ohne diesen üblen Denunzianten im Wachregiment nicht ein verbohrter, übler Kommunist, im schlimmsten Fall ein Stasi-Mann, geworden?

Das Spekulieren ist müßig. Das Buch von Jürgen Rizschke enthält viele weitere Details, es stellt Fragen, beantwortet sie und verleitet den Leser unverhofft zum Mitfühlen. Es ist zudem mit eigener Lyrik, mit Bibel- und Literaturzitaten und sogar mit DDR-Witzen bereichert und empfiehlt im Anhang per Rezept auch noch einige Lieblingsgerichte des Autors.

Man sollte also nicht nur Appetit zum Lesen bekommen. *ARK*

Habe ein großes Interesse an Geschichte

Vergangenheit und Gegenwart

von Herbert Kühn, VOS Essen

In dem Artikel zu meinem 80. Geburtstag (Freiheitsglocke 835) wurde mein Geburtstort von Berlin-Schöneberg ins Ruhrgebiet verlegt. Ich war jedoch (vermutlich) aus familiären Gründen am 4. Dezember 1957 zu meinem Vater nach Essen gezogen. Dies als kleine Anmerkung.

Ich nenne mich übrigens selbst Hobby-Historiker. So habe ich unter anderem über den ersten Minister für Staatssicherheit der DDR Wilhelm Zaisser recherchiert und die Ergebnisse der WAZ übermittelt. Dort wurde ein ausführlicher Artikel veröffentlicht (Ausgabe vom 31. Dezember 2010), in dem zugleich ein geschichtlicher Abriss über die Entstehung des Ministeriums für Staatssicherheit und den Aufstieg Zaisser gegeben wurde. Leider wurde in dem Beitrag nicht erwähnt, dass die Unterlagen im Archiv des Hauses der Geschichte in Essen lagerten.

Aus geschichtlicher Sicht interessant dürfte auch ein Brief von *amnesty international* sein, der vom 22. April 1975 stammt. Hier heißt es: „Lieber Herbert, Milan und ich waren erfreut, deine Bekanntschaft zu machen und wir möchten dir für deine Mühe danken, uns einen Besuch abzustatten, wodurch doch viel Zeit von deiner Erholungsreise geraubt wurde. Für mich waren unsere Gespräche jedoch von großem Interesse und sehr lehrreich. Ich hoffe auch, dass Deine Bemühungen um Hans Möhring nicht ohne Erfolg bleiben werden und dass du bald vom Foreigne office Bescheid bekommst, ob der Fall von London aus in irgendeiner Weise gelöst werden kann. … Ich hoffe, dass Du Dich allmählich von den Nachwirkungen Deiner langen Inhaftierung erholst und wünsche dir alles Gute für die Zukunft. Erika“

Der hier genannte Hans Möhring war ein Top-Ingenieur und wurde, nachdem der SPIEGEL auf unsere Initiative über ihn geschrieben hatte, 1976 für etwa 500.000 DM von der Bundesregierung freigekauft.

Herbert Kühn

Einiges wäre hier noch nachzutragen

In der vorigen Fg-Ausgabe veröffentlichten wir mehrere Beiträge, zu denen Kamerad Gerhard Milde aus Sachsen-Anhalt später ausführliche Ergänzungen gab. Es geht um Argentinien und das Kampflied „Auf, auf zum Kampf“.

Argentinien gehörte ursprünglich zum spanischen Kolonialreich und dort zu dem 1772 gegründeten Vizekönigreich Rio de la Plata, welches kein Staat, sondern eine Kolonie war. Erst nach der Unabhängigkeit kam der Name Argentinien auf. (Der Name Argentinien wurde durch die in diesem Land vermuteten großen Silbervorkommen geprägt. Argentum bedeutet Silber – d. Red.) Erst nach 1862 war Argentinien endgültig geeint.

Auf Seite 8 werden zwei Strophen des Liedes „Auf, auf zum Kampf“ vorgestellt. Das kurz vor der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entstandene „vaterländische Militärlied“ kann als eine Art Kaiserhymne bezeichnet werden. … Nach der Revolution von 1918 wurde das Lied von den Linken, insbesondere der KPD in der entsprechenden umformulierten Weise gesungen. Als dann 1933 die Nazis an die Macht kamen, wurde das Lied nicht etwa verboten, sondern nur leicht modifiziert. Nunmehr wurde dem Adolf Hitler geschworen und seine Hand gehalten. Der Grund war, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Kommunisten zur NSDAP und der SA überliefen und ihnen einige Eigenheiten beließ. Hitler mochte das Lied wegen seiner Geschichte nicht, und es wurde deshalb auch nur selten benutzt. Nach dem Krieg waren diese „Kämpfer“ wieder brave KPD- bzw. SED-Genossen.

Anm.: *Der Redakteur dankt ausdrücklich für die Informationen, die aus Platzgründen nur zum Teil abgedruckt werden konnten. Zur Erklärung sei angefügt, dass es in Ausgabe 843/4 um Diktaturen und ihre Erscheinungsformen ging. Bei dem Lied „Auf, auf zum Kampf“ sollte aufgezeigt werden, wie dieses in der DDR zur ideologischen Früherziehung von Kindern missbraucht wurde. ARK*

Einer der letzten SED-Oberen ist abgetreten

Nun ist auch Hans Modrow tot

Will man all das aufzählen, was der jenseits der Oder geborene Hans Modrow an Ämtern innehatte, würde diese kleine Kolumne vermutlich auch bei winziger Schrift nicht ausreichen. Ähnlich ist es mit der Aufzählung der Verfahren und Untersuchungen, die nach dem Fall der Mauer und der kurzen Phase der Abrechnung mit den hohen Funktionären erfolgt sind. Da war von Anstiftung zur Wahlfälschung und Falschaussage die Rede, und nach mehreren Gerichtsverfahren und der Aufhebung der Bundestagsimmunität kam ein Urteil auf Bewährung heraus.

Dass Modrow vier Jahre im Bundestag sitzen durfte – damals gab es eine PDS – war sicher eine Provokation für alle, die die SED um ihre Freiheit, das bisschen Wohlstand und um die Gesundheit gebracht hat. Aber so war das im demokratischen Westen: Samthandschuhe und Milde, nicht nur bei hohen SED-Mitglieder, während man auf den Opfern herum hackt und sie mit Almosen abzuspeisen versucht. Bis heute hat sich jener Wesenszug der Justiz erhalten, es werden Entscheidungen gefällt, die viele nicht verstehen.

Zurück zu Modrow. Er galt in der DDR (aus Sicht der westlichen Medien) als umgänglich, offen und moderat. Nun, eine solche Charakterzuschreibung war damals leicht zu gewinnen, betrachtet man die übrigen unbelehrbaren Betonköpfe und Radikalisten, die Scharfmacher und Leugner, die kleinen und die größeren Wegschauer und Mitläufer. Und so gesehen hatte man mit Modrow gar einen, der ehrlich wirkte und an den Sozialismus glaubte, wiewohl er eigentlich die Augen vor der Wirklichkeit nicht hätte verschlossen halten können.

Es ist auf eine besondere Art schade, dass Modrow tot ist. Viele SED-Opfer hätten ihm gewünscht, er möge bei der nächsten Bundestagswahl den weiteren Absturz seiner Linken miterleben. Denn keine Strafe ist größer, als zu sehen, dass das, wofür man gelebt hat, nichts wert war. *Igor Gerd Lesnikow*

Trotz großer Bedeutung: Gesundheit hat immer Vorrang

Gerd Franke von der Landes- und Bezirksgruppe Hessen-Rheinland-Pfalz muss Gedenkveranstaltung zum 17. Juni absagen. Nächster Termin: 13. August 2023 – Tag des Mauerbaus

Liebe Kameradinnen,
liebe Kameraden,
mit der Hoffnung, dass ihr alle den Winter und die Unbilden der Politik in unserem Land und in Europa heil überstanden habt, ist es nun umso wichtiger, zusammenzustehen und unseren Platz in der Gesellschaft zu behaupten. Die letzten Jahre waren für uns Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft nicht leicht. Das, was wir erwartet haben, ist nicht eingetreten, das Kommende ist vage und muss von uns weiter zielstrebig vertreten werden.

Viele unserer Verbandsmitglieder sehen keinen klaren Kurs in der Regierungspolitik. Vor allem sehen wir nicht, dass unser immenser Beitrag zur Wiedervereinigung in der Zeit von 1945 bis 1989 durch mehr als nur salbungsvolle Worte gewürdigt wird. Das ist bitter und schmerzt uns alle.

Der Gedenktag 17. Juni, auf den wir nun geradewegs zusteuern, ist eine der letzten Möglichkeiten, uns vor und mit den höheren Politikern zu zeigen. Man soll sehen, dass wir noch da sind, und man soll nicht nur um Tote trauern und Geschichtsereignisse anmahnen, sondern man soll handeln. Man soll auch begreifen, dass es ohne unseren Widerstand und die Opferbereitschaft vielleicht kein gesamtdeutsches Gedenken geben würde und wir stattdessen das russische Militär bei uns im Land hätten. Eigentlich wäre es folgerichtig, dass unsere Landesgruppe gerade aus dem gegebenen Anlass – dies ist immerhin der 70. Jahrestag des Volksaufstandes – in diesem Jahr eine größere Veranstaltung ausrichtet. Dies ist leider nicht möglich, da ich selbst als ansonsten zuständiger Organisator von einer baldigen Operation betroffen bin und es unklar ist, wann ich wieder einsatzfähig bin. Deshalb halte ich es für sinnvoller, langfristig zu planen und in Übereinstimmung mit dem Vorstand am 13. August 2023 – dies ist der 62. Jahrestag des Mauerbaus – eine Gedenkfeier auszurichten.

Ich bitte alle, sich diesen Termin schon jetzt zu notieren. Was das Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953 angeht, so wäre meine Bitte, dass sich die einzelnen Mitglieder an Gedenkfeiern in anderen Kommunen anschließen oder zwecks Teilnahme Verbindung mit VOS-Gruppen anderer Bundesländer Kontakt aufnehmen. Denkbar wären Düsseldorf oder Düren, die nicht so weit entfernt liegen.

Abschließend möchte ich einen organisatorischen Hinweis geben. Er betrifft die Porto-Kosten für die Rundschreiben, die ich zur Information an euch versende. Ich möchte alle, die eine Email-Adresse haben, bitten, die Versandart auf diesem Weg zu akzeptieren. Wer keine Mail-Adresse hat, bekommt die Nachrichten natürlich weiter per Post.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Euer Gerd Franke, Hessen

Lieber Gerd, danke für deinen unermüdlichen Einsatz. Wir alle wünschen dir, dass du deine Operation gut überstehst und bald wieder mit uns an vorderster Stelle stehst. Wir brauchen dich.
Hugo Diederich, ARK

Gedenkfeier in Chemnitz geplant

Einladung folgt noch

Traditionell findet in Chemnitz auch in diesem Jahr eine Gedenkfeier zum Volksaufstand vom Juni 1953 statt.

Da die genauen Daten (Teilnehmende, Abläufe) bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht feststanden, wird hiermit auf die nächste Freiheitsglocke (Mai/ Juni) verwiesen bzw. besteht die Möglichkeit, sich bei unserem zuverlässigen Organisator Holker Thierfeld zu informieren. Telefonnummer und Mail-Adresse dürften bekannt sein, können jedoch auch in der Bundesgeschäftsstelle der VOS abgefragt werden.

Der Beginn ist, so viel steht fest, wie üblich um 11 Uhr.

Fg / B. Thonn / HD

Wir trauern um

Erhard Schmidt	**Bezirksgruppe Eisleben**
Ernst Levin	**Bezirksgruppe Magdeburg**
Maximilian Meurer	**Bezirksgruppe Saarland**
Ingeborg Linke	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**
Günter Hoffmann	**Bezirksgruppe Reichenbach-Vgtl.**
Helmut Kirchhoff	**Bezirksgruppe Magdeburg**
Werner Gropp	**Bezirksgruppe Harz**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

NRW: Gedenken am Mauersegment in Düsseldorf

Zeitzeugengespräch geplant

Am bzw. im Düsseldorfer Gebäude des NRW-Landtags wird bereits – so die bisherigen Informationen – am 16. Juni in der Zeit von 15.00 bis 18.00 Uhr ein Empfang für die SED- Opferverbände durch den Landtagspräsidenten stattfinden. Zuvor sind die Gäste zu einer Führung durch den Landtag eingeladen. Einer der Kernpunkte der Gedenkveranstaltung soll das Zeitzeugengespräch mit einem oder mehreren Betroffenen sein, darunter Peter Hippe, der als Zehnjähriger noch bewusst Eindrücke an die aufregenden Tage im Juni 1953 sammeln konnte. Die Veranstaltung wird durch den Beauftragten der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern im Ministerium f. Kultur u. Wissenschaft NRW Heiko Hendriks organisiert. Die Offizielle Bestätigung stand bei Redaktionsschluss noch aus. *(Fg)*

Gedenken in Düren/NRW

Am 17. Juni wird um 11.00 Uhr eine Gedenkstunde mit Kranzniederlegung am Gedenkstein am Rurtalgymnasium in Düren stattfinden. Peter Hippe von der VOS, der in der Stadt viel für die Aufarbeitung tut, übernimmt die Organisation und führt die Vorgespräche mit dem Bürgermeister sowie den eingeladenen Schulen. Erwartet werden mehrere Schulklassen der vier Gymnasien sowie die Abgeordneten des Stadtparlaments. *(Fg)*

Für Interessierte:
Jeden ersten Mittwoch im Monat findet im Stasi-Unterlagen-Archiv in 17033 Neubrandenburg, Neustrelitzer Straße 120, eine Führung statt.

Der Tag jährt sich zum 70. Mal

Berlin: Aufruf zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, auch in diesem Jahr wollen wir wieder des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedenken. Der Tag jährt sich zum 70. mal. Am Sonnabend, dem

17. Juni 2023 um 09.30 Uhr

findet die Gedenkveranstaltung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. mit dem Bezirksamt Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf, am Steinplatz in Berlin statt. Wir alle sind aufgerufen, am 70. Jahrestag die Opfer des Volksaufstandes zu ehren. Gerade in einer Zeit, wo mitten in Europa Russland ein demokratisches Land überfallen hat. Der Veranstalter ist die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Hugo Diederich, Bundesvorsitzender

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 847/848 erscheint März / April 2023
Redaktionsschluss der FG 845/846 am 18. März 2023